

Wie Ziegelheim nach Thüringen kam

von Michael Etzold, Heimatforscher

Werte Leserinnen und Leser – 35 Jahre nach der politischen Wende in der DDR ist es mir ein Anliegen, die Geschichte des Wechsels der Gemeinde Ziegelheim nach Thüringen zu erzählen. Es haben sich viele Varianten dieser Abläufe und auch Mythen erhalten. Auch eine junge Nachwende-Generation interessiert sich immer mehr für diese Abläufe. Zum ersten Mal berichte ich hier nicht nur aus historischen, recherchierten Quellen, sondern bin selbst auch Zeitzeuge. Um die Vorgänge in Ziegelheim, eventuelle Beweggründe und Meinungen zu verstehen, ist es nach meiner Auffassung aber nötig, etwas Hintergrundwissen an den Anfang zu stellen. Das Wissen über Ziegelheim beschränkt sich allgemein auf: „Ziegelheim war mal sächsisch.“ / „Ziegelheim wurde gezwungen, nach Thüringen zu gehen, obwohl alle nach Sachsen wollten.“ / „Die Ziegelheimer Kirche ist heute noch sächsisch.“

Schieben wir am Anfang kurz die Geschichte Thüringens ein:



(Auf dem Weg zur Gründung eines Landes Thüringen, 16.12.1919.)

Nachdem im November 1919 nacheinander die 8 Monarchen der thüringischen Staaten abgedankt hatten und sich „Freistaaten“ und „Volksstaaten“ gebildet hatten, einigten sich deren politische Spitzen auf die Gründung eines Landes Thüringen. Am 1. Mai 1920 wurde die Gründung vollzogen. Das Land Thüringen umfasste die ehemaligen Staaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Gotha (der Coburger Teil ging nach Bayern), Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß. Es fehlten noch einige Teile des heutigen Nord-Thüringens und die preußische Enklave Erfurt. Hauptstadt wurde Weimar. Dieses „erste Thüringen“ hatte nur eine kurze Lebenszeit – bereits mit Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde die Gleichschaltung der Länder

betrieben. Mit dem am 7. April 1933 erlassenen „Zweiten Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ wurde der „Putsch von Oben“ – die Machtergreifung in den Ländern durch „Reichsstatthalter“ – legalisiert und manifestiert. Mit diesem Gesetz wurde den Reichsstatthaltern die Befugnis erteilt, Landesregierungen zu ernennen und zu entlassen. Außerdem erhielten sie die Ermächtigung, Landesgesetze zu verkünden, unmittelbare Staatsbeamte zu ernennen und das Begnadigungsrecht durchzuführen.. Die NS-Propaganda meint dazu: „Durch dieses Gesetz wurde die deutsche staatliche Zerissenheit beseitigt und die Reichseinheit sichergestellt.“ – 1945 wurden die Institutionen des Landes wiederhergestellt und die Enklave Erfurt eingegliedert (Preußen wurde zuvor durch die Alliierten zerschlagen). Von 1950 bis 1952 war Erfurt Hauptstadt Thüringens. Zusammenfassend hatte es das Land Thüringen als „freies Land“ von 1920 bis 1933 (13 Jahre) gegeben, gleichgeschaltet als „Gau Thüringen“ von 1933 bis 1945 (12 Jahre) und unter Besatzung und DDR-Regierung von 1945 bis 1952 (7 Jahre). Die Frage stellt sich, ob sich unter diesen Voraussetzungen eine „Thüringische Identität“ bilden konnte und ob diese dann 1990 noch existierte.

Zu Sachsen gibt es dieses anzumerken:

Wenn auch die Zeit zwischen 1933 und 1945 in Sachsen ebenso „gleichgeschaltet“ war, wie in Thüringen, hat es dieses Land in dieser Form und Größe seit dem Wiener Kongress 1815 gegeben. Auch davor war es Kernland des alten Königreichs gewesen (2/3 des Territoriums gingen 1815 an Preußen und bildeten die „Preussische Provinz Sachsen“, welches mit dem Fürstentum Anhalt heute das Land Sachsen-Anhalt bildet. Einige Teile gingen auch an das heutige Brandenburg.). Nach 1945 kamen die Lausitzer Gebiete westlich der Neiße noch an Sachsen.

Die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen ist eine der ältesten und war einst die größte im alten Reich.

Wichtiges zu Ziegelheim:

Wenn wir von Ziegelheim zur Wendezeit reden, meinen wir ein Gebilde, welches verschiedenen Ursprungs ist. Während die Ortsteile Ziegelheim (mit Uhlmannsdorf), Niederarnsdorf und Gähsnitz bis 1952 zu Sachsen gehörten, war Engertsdorf (Hinteruhlmannsdorf und Heiersdorf bei Niederwiera) immer Teil des Altenburger Herzogtums gewesen und gehörte damit, wie oben beschrieben, zu Thüringen. Wie auch immer die Länderwahl ausgehen würde – ein Teil der Gemeinde Ziegelheim würde nicht in dem Bundesland landen, dem es ursprünglich angehörte.

Die Kirchgemeinde Ziegelheim umfasste ebenfalls nicht die gesamte politische Gemeinde. Sie bestand immer aus Ziegelheim, Uhlmannsdorf und Niederarnsdorf. Gähsnitz gehörte immer zur Kirchgemeinde Oberwiera (ein winziger Teil sogar nach Niederwiera). Hinteruhlmannsdorf war und ist Teil der Kirchgemeinde Frohnsdorf und Heiersdorf gehört bis heute nach Niederwiera. – Reden wir heute also über „die Kirche Ziegelheim“, meinen wir die Ortsteile Ziegelheim (mit Uhlmannsdorf) und Niederarnsdorf.

Aufbau eines neuen Verwaltungsapparates in der DDR 1952:

Im Jahre 1952 versuchte der Pieck-Grotewohl-Ulbricht-Machtapparat, mehr direkte Macht auf die „Provinzen“ zu bekommen. Dazu schaffte er die Länder mit deren eigenen Regierungen und Verwaltungen ab und formte 14 Bezirke der DDR + die unter alliierter Sonderstatus stehende Osthälfte Berlins, „Hauptstadt der DDR“ genannt.

Wichtig: Es handelte sich ausschließlich um eine „weltliche“ Verwaltungsreform. Die alten kirchlichen Verwaltungsstrukturen blieben bis zur Wende bestehen und wurden nicht den Bezirken angepasst!

Leipziger Volkszeitung

ORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHER VERBREITUNGSSEKTOR
Verbreitungsgebiet Nordwestsachsen

Donnerstag, den 7. August 1952

Das Volk baut seinen sozialistischen Staat

Bezirkstag des Bezirks Leipzig konstituiert – Karl Adolphs einstimmig zum Vorsitzenden des Rates gewählt

Die Mitglieder des Rates des Bezirks

Karl Adolphs, Vorsitzender des Rates des Bezirks, bisher Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks;
Reinhold Fieschhut, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, bisher Hauptabteilungsleiter in der Landesregierung;
Liddy Pienka, Stellvertreterin des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, Lehrerin und bisher Stadtverordnetenvertreterin in Leipzig;
Holt Schulze, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, bisher Minister für Handel und Versorgung in der Landesregierung;
Dr. Hummeltenberg, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, bisher persönlicher Referent des politischen Geschäftsführers beim Parteivorstand der NDPD;
Herbert Eichhorn, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, bisher Vödg-Landesvorsitzender;
Erich Nestler, Sekretär des Rates des Bezirks, bisher Landrat in Kamenitz;
Ingrid Groll, Bohrerin;
Dr. Müller-Hagemann, Arzt und Wissenschaftler;
Alfred Kell, Bergmann, Verdienter Bergmann;
Günther Benser, Student, ausgezeichnet mit dem Wilhelm-Pieck-Stipendium;
Otto Miersch, Kreisschulrat und Verdienter Lehrer des Volkes;
Kurt Franke, Neubauer;
Günther Schneider, bisher Kreisschulrat;
Walter Fellmann, Stadtbereichsvorsitzender Leipzig.

Der Bezirksrat ist gestern um 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Beschlußfassung des Bezirkstages

Auf Antrag des Abgeordneten Paul Heine, Held der Arbeit, faßte der Bezirkstag einstimmig folgenden Beschluß:
„Der Bezirkstag Leipzig beauftragt den Rat des Bezirks, bis zu seiner nächsten Sitzung einen Arbeitsplan des Rates des Bezirks auszuarbeiten.“

Die Vorsitzenden der ständigen Kommissionen des Bezirkstages

Landwirtschaft und ländliches Bauwesen, Vorsitzende: Friederike Ludwig, Neubauerin.	Vorsitzende: Prof. Dr. Hans Thalmann, Universität Leipzig.	Örtliche Volkspolizei und Justiz, Vorsitzende: Hans Winkelmann, Volkspolizeipräsident.
Handel, Vorsitzende: Werner Brodke, Vorsitzender vom Konsumgenossenschaftsverband Sachsen.	Kulturelle Massenarbeit, Vorsitzende: Prof. Rudolf Fischer, Direktor der Musikhochschule Leipzig.	Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, Vorsitzende: Elisabeth Vosteb, Leiterin der Schwedertschule.
Verkehr, Vorsitzende: Held der Arbeit Paul Heine, Lokführer.	Volkshochschule, Vorsitzende: Prof. Dr. Georg Meyer, Rektor der Universität Leipzig.	Wohnungswesen und Kommunalwirtschaft, Vorsitzende: Paul Baumgarten, Schlosser.
Örtliche Industrie und Handwerk, Vorsitzende: Prof. Dr. Hans Thalmann, Universität Leipzig.	Haushalt, Vorsitzende: Karl Schirlewann, Landeskredit der SED.	

Kreisen der Bevölkerung zu, von denen der Tagungsprotokoll, Abgeordneter Baumann, einige verlas. Alle der Tagung übermittelten Grubadressen und Verpflichtungen werden ausgesetzt. Stellungnahmen, die konkrete Aufträge enthalten, wurden den neugewählten Kommissionen zur Bearbeitung übergeben. Unter dem starken Beifall aller Anwesenden überreichte der Stukatur Karl Kunze, ein Rentner, dem Bezirkstag eine von ihm gefertigte Friedentauhe. „Möge die Friedentauhe, die ich Ihnen als Symbol übergebe, einer guten und fortschrittlichen Sache dienen“, sagte er. „Möge die Friedentauhe recht bald als Symbol für Frieden, Fortschritt und Freiheit über unsere Vaterlande streichen, zum Wohle der gesamten Menschheit.“

Bereits in seinen jungen Jahren war er ein begeisterter Freund der Sowjetunion, die er persönlich in den zwanziger Jahren kennenlernte. Auch in der schwierigsten Zeit des Faschismus verlor er nie den Glauben an den Sieg des Sozialismus. So wie bisher wird er seine ganze Kraft zum Wohle der Bevölkerung und beim Aufbau des Sozialismus einsetzen.

LIEBER LESER!

Iede der weiteren Demokratisierung des Aufbau und der Arbeitsweise der ständigen Organe im Land Sachsen gehören die Kreise Altenburg, Bernburg, Döbeln, Eilenburg, Gellheim, Gonna, Leipzig-Stadt, Leipzig-Land, Oschitz, Schmied, Torgau und Wurzen zum Bezirk Leipzig und damit zum Verbreitungsgebiet der Leipziger Volkszeitung.

Die Leipziger Volkszeitung ist also jetzt in ihrem Kreis das führende Organ, das Sie über alle Gebiete der Politik, Wirtschaft, Kultur und des Sports unterrichtet. Besonders Augenmerk wird die Leipziger Volkszeitung den Gebieten im Bezirk Leipzig widmen und darüber hinaus die vielfachen Bekanntheitsgrade des Bezirksrat veröffentlichten.

Um also noch enger Verbindung mit den Werktätigen in den einzelnen Kreisen zu bekommen, wird die Leipziger Volkszeitung für jeden Kreis eine besondere Ausgabe herstellen, die die wirtschaftliche Struktur und die besonderen Verhältnisse der Kreise berücksichtigt. In jeder Kreisstadt befindet sich eine Redaktion und eine Geschäftsstelle des Verlags. Haben Sie irgendwelche Wünsche oder Beschwerden, so wenden Sie sich bitte an unsere Vertretung in Ihrer Kreisstadt.

Die Leipziger Volkszeitung ist das Organ der Werktätigen und hat in dem bisherigen Verbreitungsgebiet durch breite Entlastung von Kritik und Selbstkritik mitgehalten, die von der Regierung gestellten Aufgaben zu verwirklichen und bürokratischen Schindereien zu überwinden.

Die LVZ, die führende Zeitung der Meeresstadt, ist ein unentbehrlicher Helfer im Kampf um die Einheit Deutschlands, die Erhaltung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Sollten Sie bisher die „Freiheit“ oder „Das Volk“ bezogen haben, so werden wir uns erlauben, Ihnen an Stelle dieser Zeitungen ab 15. August 1952 die Leipziger Volkszeitung, das Organ der SED im Bezirk Leipzig, zu übersenden.

Besonders wollen wir darauf hin, daß die Leipziger Volkszeitung sonnig erscheint und Ihnen am gleichen Tag zugestellt wird. Sie erhalten also wöchentlich 6 Ausgaben unserer LVZ, und zwar von Dienstag bis Sonntag.

Wenn Sie noch nicht zu den Lesern der Zeitungen „Freiheit“ oder „Das Volk“ gehören und Sie den Bezug der Leipziger Volkszeitung wünschen, bitten wir Sie, den beigefügten Bestellschein auszufüllen. LEIPZIGER VOLKSZEITUNG Redaktion und Verlag

BESTELLSCHIN

FÜR EIN ABONNEMENT DER LVZ

(Nur ausfüllen, wenn nicht Besitzer der Zeitung „Das Volk“ oder „Freiheit“)

Ich bitte um Zustellung der „Leipziger Volkszeitung“

Abt.: _____

Name: _____

Ort: _____

Strasse: _____

Bitte übergeben Sie diesen Bestellschein, deutlich ausgefüllt, Ihrem Postamt, dem Brief- oder Zeitungszusteller. Ihr zukünftiges Postamt wird die Einziehung des Bezugspreises (monatlich 2,80 DM) bei Ihnen vornehmen.

Einführung der Bezirke in der DDR – Dem Bezirk Leipzig wird der Landkreis Altenburg, seit 1920 dem Land Thüringen angehörend, angegliedert und in die Kreise Altenburg und Schmölln geteilt – die linke Spitze des „Backenzahns“ entsteht. (Hintergrundwissen: Das Herzogtum Sachsen-Altenburg bestand aus zwei von einander entfernten Landesteilen. Dem Bezirk Leipzig wurde nur der ehemalige „Ostteil des Herzogtums“ angegliedert. Der „Westteil des Herzogtums“ umfasste das Gebiet Kahla-Roda-Eisenberg. Aus diesem wurde der Landkreis Stadtroda, der wiederum zerlegt wurde. Das Gebiet ist heute Teil des Saale-Holzland-Kreises.)

Vorverbunden im Streben zum Sozialismus

Auszüge aus der Rede des Abgeordneten Karl Schirdewan

Die Einberufung des Bezirkstages des Bezirkes Leipzig im Lande Sachsen ist ein Ereignis von großer politischer Bedeutung. Heute beginnt wir das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik auf die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse eines Teiles des Landes Sachsen, auf den Bezirk Leipzig, anzuwenden. Niemand von uns zweifelt daran, daß wir seit 1945, seit den historischen Tagen der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitler-Faschismus durch die Sowjetarmee auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, vor allen Dingen aber auf den Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, große grundlegende Erfolge errungen haben.

Diese Erfolge beruhen auf der großen, unermüdeten, unerschütterlichen Hilfe, die der erste Arbeiterstaat der Welt, die mächtige Sowjetunion, die Hossainisten des Sozialismus-Kommunismus uns gegeben hat. Durch die Bildung des Bezirkstages für ein politisch, ökonomisch und kulturell zusammengehöriges Gebiet wie im Bezirk Leipzig, wird ein demokratisches Organ geschaffen, das die unmittelbare Entscheidung, die konkrete aus den Verhältnissen geborene Beschäftigung durch die Abgeordneten garantiert und sichert. Die Kontrolle der Arbeitsweise und der Durchführung der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik durch die staatlichen Organe, der Verwirklichung der Kritik und Vorschläge aus der Bevölkerung wird durch die Abgeordneten des Bezirkstages und durch die zu bildenden Kommissionen gewährleistet, weil die Abgeordneten Frauen und Männer mit großen Erfahrungen sind und unmittelbar durch ihre Arbeit in den Betrieben, in den Produktionsgenossenschaften, aus den Dörfern, aus den Schulen und Universitäten mit allen Volksschichten verbunden sind und hohes fachliches Können aufweisen.

Dabei erscheint es wichtig, die Aufmerksamkeit besonders darauf zu lenken, daß in den prinzipiellen Fragen des Aufbaus eines neuen Staates und der neuen demokratischen Ordnung dieses Staates die Fehler der Weimarer Republik nicht wiederholt werden.

In der Weimarer Republik gab es nur eine formale Anteilnahme der Werktätigen an den Fragen der Politik und Verwaltung. Gestützt durch die Politik und die Demokratie der rechtssozialdemokratischen Führer richteten die Verfassungen, die sie durch das Parlament, durch die Abgeordneten oder durch die Teilnahme an irgendwelchen Funktionen der staatlichen Organe einen wirklichen Einfluß auf die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse ausüben konnten. Ja, viele der Werktätigen ließen sich zeitweise betören, zu glauben, daß ihnen durch die Gewährung gewisser Scheinrechte die Möglichkeit eröffnet würde, die Entwicklung zum Sozialismus voranzutreiben zu können.

Diesen verhängnisvollen Fehler, der auf einer völligen Unkenntnis der marxistisch-leninistischen Einsichten über die Rolle und Funktionen des Staates unter dem Monopolkapital beruhte, hat das Volk teuer bezahlen müssen.

Die Vernichtung der Macht der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer bedeutet, daß zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Volkes das werktätige Volk die Führung des Staates im Interesse der Werktätigen selbst in seine Hände nehmen konnte. Jetzt sind bei uns die Grundlagen geschaffen worden, unseren Staat zum mächtigen Instrument der Werktätigen zu machen, der beim planmäßigen Aufbau des Sozialismus die entscheidende Funktion innehat.

Diese demokratische Staatsmacht hat klar umrissene Aufgaben im Interesse des einzig möglichen Fortschrittes, der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, zu lösen. Darin stellt sich unser Staat die Aufgabe, die Verhinderung der Wiederherstellung der alten verfallenen Zustände, denen das Volk nicht, aber die Monopolisten und Großgrundbesitzer durch die Verwirklichung der Aufgaben durch gewalttätige, antisozialistische Methoden zu verhindern.

Unser Volk unter Führung der Arbeiterklasse mit allen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu verbinden und die großen Errungenschaften, die sich unser Volk durch den sozialistischen Aufbau durch gewalttätige, antisozialistische Methoden zu verhindern.

Wie anders dagegen sieht es im Westen unserer Heimat aus. Dort ist der Staat ein Instrument zur Unterstützung der Monopolisten und Großgrundbesitzer, die die Knechtschaft, die Monopolisten und Großgrundbesitzer nicht entgegentreten, sondern sie sind es, die im Auftrage der USA-Imperialisten, gestützt auf die Vorkämpfer der Adelskavallerie und die rechtssozialdemokratischen Führer vom Schlage Schumacher, Fette, Oellers usw. darauf abzielen, die Bevölkerung zu führen wollen, um ihre Knechtschaft, ihre Prostitution zu befestigen.

Ich brauche nicht die unzähligen Möglichkeiten, die der Lehrsatz der Knechtschaft aufzuzeigen, wie z. B. die Ermordung der jungen Friedenskämpfer und Politischen Philip Müller, die Inhaftierung der arbeitslosen Friedenskämpferin Lilly Wichter, die die Verbrechen der USA-Imperialisten in Korea entlarvt und durch ihr eigenes Erleben der Bevölkerung schilderte, oder die erst kürzlich durchgeführte Hetzjagd der USA-Imperialisten und ihrer deutschen Lakaien gegen den Minister a. D. Dr. Grottel, der auf Grund seines offenen Auftretens mit brutalen Mitteln verfolgt wurde und in der Haft der Deutschen Demokratischen Republik blühen mußte.

Die Volksmassen in der Deutschen Demokratischen Republik werden jetzt in einem unvergleichlich höherem Grade als bisher mit der Leitung, der Lösung und Erfüllung sowie der direkten Kontrolle der staatlichen Aufgaben unmittelbar verbunden sein.

Jetzt wird in weit höherem Maße die schärfste Initiative der Arbeiter, Techniker, Wissenschaftler und werktätigen Bauern für die Lösung der staatlichen Aufgaben wirksam werden und ihre konkreten Erfahrungen im Arbeitsprozeß, in der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs, in den Erfahrungen in der Plan-

wirtschaft werden sich in der Arbeit des Bezirkstages widerspiegeln.

Natürlich haben wir in der Vergangenheit Fehler gemacht, und wir können auch keine Garantie geben, daß uns nicht auch in der Zukunft dieser oder jener Fehler unterlaufen könnte. Wir können aber die Gewähr geben, und auch darin drückt sich unsere Demokratie aus, daß wir gegenüber unseren Fehlern unversöhnlich und noch unumsäglich auftreten werden, die sich und ihre Ursachen damit um so rascher zu beseitigen.

Unsere Fehler beruhen im wesentlichen darauf, daß wir in vielen Fragen der Lenkung und der Lösung der praktischen Aufgaben uns noch nicht wissenschaftlich genug mit der Lehre Lenins und Stalins über die Aufgaben des Staates und der neuen demokratischen Ordnung ausgerüstet haben.

Wir sollten uns des Wortes Lenins auf dem 1. Allrussischen Sowjetkongreß für die Bildungswesen erinnern, als er sagte:

„Neun Zehntel der werktätigen Massen sollten im Kampf um ihre Befreiung und um ihre Misstände sich in

Mangel an Bildung erklären und daß es jetzt von ihnen selbst abhängt, die Bildung wirklich alles zugängliche zu machen.“

Aber wissenschaftlich arbeiten heißt alles selbst sehen, heißt, auch Schluß zu ziehen mit der Notwendigkeit, Verantwortung und mangelnden Verantwortlichkeit gegenüber gewissen Arten von Fehlern. Es gibt Fehler, die beruhen auf verbrecherischen Anschlägen des Feindes, der damit unsere demokratische Mittel ausbeutet, um die Bevölkerung zu schwächen, die die Bevölkerung diskreditieren will und der unsere Aufgaben mit allen Mitteln bannen möchte.

Wenn im Rahmen des Fünfjahresplanes z. B. im Gebiet von Borna 10.000 Arbeiter neu eingestellt werden, so stellt das eine Reihe großer neuer Aufgaben vor den Bezirk und seinen Rat. Der Bezirk wird Beschlüsse fassen müssen, in denen er entsprechend der Verwirklichung der Aufgaben des Fünfjahresplans die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen, die mit dem industriellen Wachstum im Kreis Borna

verbunden sind, löst. Ist z. B. steht die Frage, für die Neubausiedlungen Arbeiter Wohn- und Kulturbauten zu errichten.

Nehmen wir an, daß die Mittel für diese Bauten vorhanden sind. Wenn die Regierung die Mittel für diese Bauten zur Verfügung gestellt hat, so wird es jetzt die Aufgabe des Bezirkstages und seines Rates sein, darüber zu befinden und Pläne zu entwerfen, wie, gestützt auf die Initiative der Massen, durch Ausschöpfung aller örtlichen Ressourcen Mittel ausgebracht werden, um z. B. die Wasserversorgung, die Kanalisation, die Herstellung von Straßen für diese Bauten durch zusätzliche Mittel zu sichern, um dadurch die Realisierung der Pläne zu beschleunigen.

Oder nehmen wir den Bau des Staubeckens in Altenburg. Das erste Teil der Verwirklichung dieses Planes, der für die Wasserversorgung von großer, volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, wird von der neuen und richtigen Arbeitsweise des Bezirkstages und seines Rates wesentlich abhängen.

Vor den Abgeordneten des Bezirkstages erheben sich eine Reihe neuer großer Verpflichtungen.

Die Abgeordneten des Bezirkstages müssen zu allen Zeiten eng verbunden sein. Sie dürfen sich niemals von der Entwicklung des Landes trennen, lassen, sondern im Gegenteil sich immer stärker mit ihnen um die Lösung der gemeinsamen Aufgaben verbinden.

Die Abgeordneten müssen treu und eng verbunden sein mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und als die besten Interpreten der Gesetze und Beschlüsse unserer Regierung auftreten und so im Volk immer mehr den Charakter als Organisator, Ratgeber, Helfer und Freund, an den man sich vertrauensvoll wenden, innehaben.

Sie müssen erfüllt sein von einer tiefen Liebe zum Volk, zur Arbeiterklasse und müssen in unserem hohen Streben nach der Verwirklichung des Sozialismus bei Spielball sein.

Die Abgeordneten müssen selbstlos und voller Initiative immer dem Neuen gegen über aufgeschlossen sein. Sie müssen überlegen können.

Allen Schwierigkeiten gegenüber, die in der Entwicklung und in unserem Wachstum auftreten, müssen sie mit Klarheit, Ruhe und Festigkeit begegnen.

Die Abgeordneten müssen sich frei machen von rickstündigen Auffassungen über die Aufgaben der Volksvertreter, von Bürokratismus und in ihrem Verhältnis zu den Arbeitern und Werktätigen, zu den Technikern und Wissenschaftlern von Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit durchdrungen sein, denn wir haben die gemeinsame Aufgabe, den Sozialismus aufzubauen.

Ein Abgeordneter, der von hohem demokratischem Staatsbewußtsein erfüllt ist, wird zugleich ein entscheidender Faktor für die Einheit Deutschlands und für den Friedensvertrag nicht nur in Worten, sondern in der Tat kämpfen.

Er wird durch sein ganzes Leben, durch seine ganze tägliche Haltung und durch sein Auftreten den Volksmassen beweisen, daß er es in allem ehrlich meint und daß er der Sache des Volkes ergeben ist.

Unser Bezirk umfaßt die Grenzen von Torgau bis Altenburg und Schmölln und von Oschatz bis Delitzsch. Im Mittelpunkt steht das große Industrie-, wissenschaftliche und Kulturzentrum, unsere Messestadt Leipzig. Hier, in den Mauern dieser Stadt mit ihrer großen internationalen Bedeutung, der Stadt der Messe, wird in den kommenden Wochen das Büro des Weltwirtschaftsrates tagen.

Der Bezirkstag und der Rat des Bezirkes sowie alle, die mit den Aufgaben dieser demokratischen Institutionen verbunden sind, müssen sich bewußt sein, daß Leipzig auch eine der entscheidenden Zentren des Kampfes um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Erkämpfung des Friedensvertrages ist.

Je erfolgreicher wir arbeiten, um so überlebener wird sich unsere ganz demokratische Ordnung, unsere sozialistische Entwicklung, vor den Augen unserer Brüder und Schwestern in Westdeutschland zeigen.

Groß ist also die Verantwortung, die auf uns Mitglieder des Bezirkstages ruht, für die sozialistische Entwicklung des Bezirkes, für die Festigung der Einheit der Deutschen Demokratischen Republik, dem Volk der gesamten deutschen Kampfes um die Friedensverträge, um die Entwicklung unseres ganzen Vaterlandes zu Wohlstand und Glück im Sozialismus.

Herausgeber: Landestag Sachsen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Chefredaktion: Karl Schirdewan, Leipzig, Petersstraße 19, Fernr. 3431. Telegramm: Elvatus Leipzig. Druck: Leipziger Volkszeitung, Leipzig K1, Petersstraße 19. Vertriebsstelle: Leipziger Lizenz-Nr. 64 des Amtes für Information der Deutschen Demokratischen Republik.



Die 13 Kreise des Bezirks Leipzig. Der die Stadt Leipzig (Stadtteil) umgebende weiße Raum stellt den Landkreis Leipzig dar.

Einige Aufgaben des neuen Bezirkstages

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden des Bezirksrates, Karl Adolphs

Vor dem Bezirkstag, als dem höchsten Organ der Staatsgewalt im Bezirk, und vor dem Rat des Bezirkes, als seinem vollziehenden und verlegenden Organ, stehen große Aufgaben. Es gilt in unserem Bezirk, der neben einer starken Industrie auch eine große Landwirtschaft hat, die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Das können wir nur, wenn wir die Worte Walter Ulbrichts auf der 11. Parteikonferenz der SED beherzigen, wo er erklärte:

„Die staatlichen Organe und jeder einzelne Mitarbeiter des Staatsapparates müssen sich bewußt sein, daß ihre Hauptaufgabe darin besteht, nicht nur zu verwalten, sondern das materielle Eigentum und die materiellen Güter des Volkes zu mehren und zu diesem Zwecke die ganze Initiative der Bevölkerung zu mobilisieren und die Menschen zu überzeugen.“

Aufmerksam schaut die Bevölkerung unseres Bezirkes auf unsere konstituierende Sitzung. Sie erwartet, daß wir den Weg zu einer Verwaltung beschreiben, die allen Anforderungen, die mit dem Aufbau des Sozialismus verbunden sind, nicht nur heute auf morgen schaffen. Es wäre auch ein großer Fehler, wenn wir in der Zukunft keine Fehler machen. Aber wir wollen möglichst wenig Fehler machen, und diese haben wir rasch korrigieren und dafür sorgen, daß sie sich nicht wiederholen. Die Bevölkerung erwartet, daß wir durch die Verwirklichung einer neuen Arbeitsweise und eines neuen Arbeitsetztes, die Zahl der bei uns Beschäftigten noch weiter verringern können.

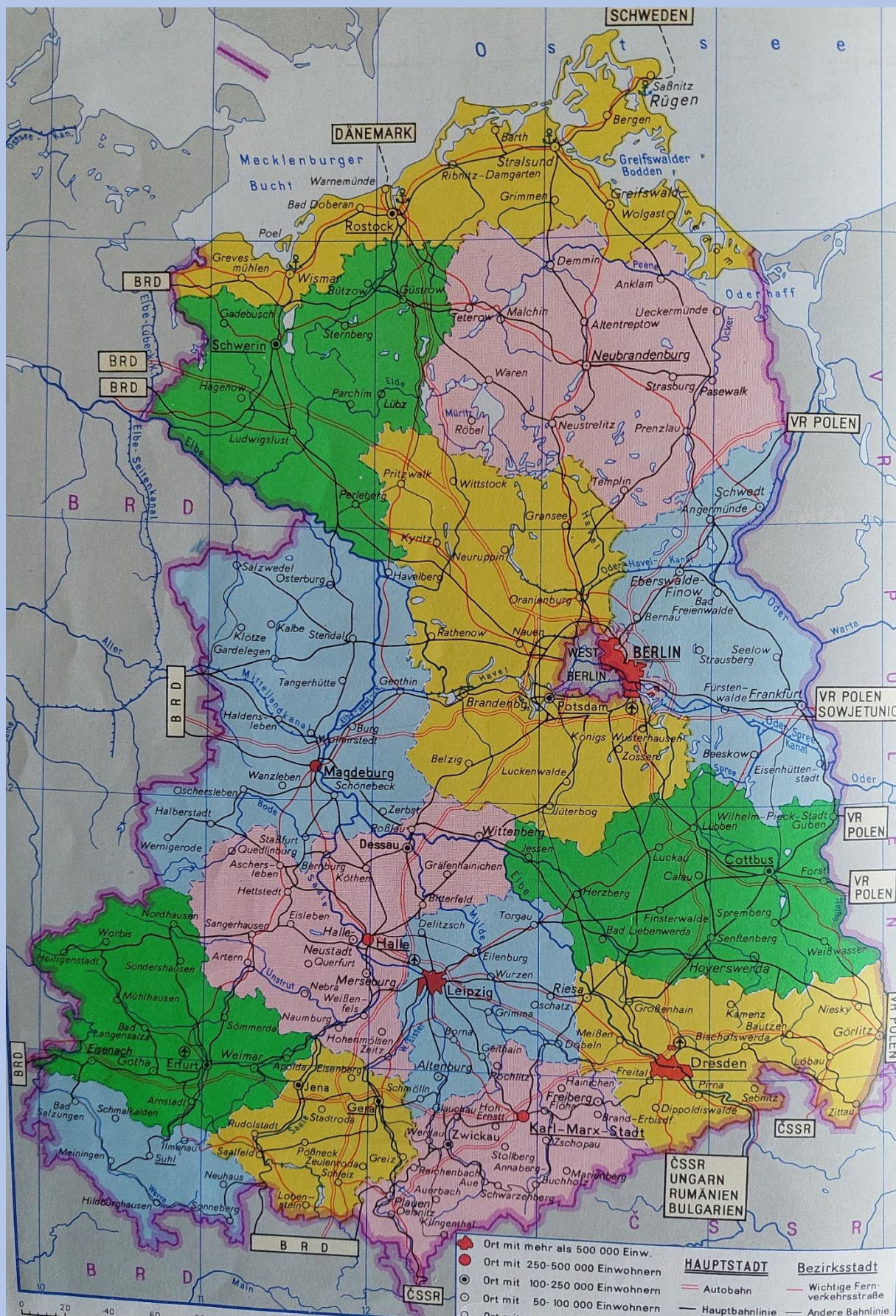
Bei unserer Arbeit werden die vielen Aufgaben, die vor der Measstadt stehen, eine große Beachtung finden. So der Aufbau des Stadtzentrums, das Wohnungsbauprogramm, die Unterstützung der Bestrebungen der Universität usw. In den Leipziger Betrieben hat der sozialistische Wettbewerb noch nicht die Entfaltung erreicht, wie in einer Reihe anderer Produktionszentren unserer Republik. Nun ist bei Unruh & Liebig ein Durchbruch bei der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs erreicht worden und auch die Belegschaft vom RAW Engelsdorf hat große Erfolge bei der Organisation des Wettbewerbs zu verzeichnen. Es muß unsere Aufgabe sein, mitzuführen, daß die dort gesammelten Erfahrungen in den anderen Betrieben ausgewertet werden und daß die Betriebe unseres Bezirks mit an der Spitze der sozialistischen Wettbewerbsbewegung stehen. Der Vorbereitung der bedeutenden Messe, die im nächsten Monat beginnt, werden wir ebenfalls unsere Aufmerksamkeit widmen.

Unsere Sorgen werden ebensosehr den Landwirten gelten. Hier gibt es auch auf industriell gebiet große Aufgaben. Ich denke an die Rekonstruktion der Landwirtschaft im Kreis Betzdorf an die Errichtung des Großkombinats Regis-Breitlingen, welches größtenteils in der Landwirtschaft liegt, in Epenbach und Böhlen. Es gilt dort für etwa 10.000 neue Arbeiter Wohnraum zu schaffen.

Ich denke an das große Blause-Projekt, welches für die Wasserversorgung unserer Städte und Betriebe von großer Bedeutung ist und an den Staubeckenbau in Altenburg. An die Ferra-

Betriebe in Brandis; an den Schwermaschinenbaubetrieb Nagema, Grimma usw. Ich möchte von dieser Stelle die zuständigen Stellen darauf hinweisen, daß die Wasserversorgung einzelner Gemeinden in unseren Landkreisen dringend verbessert werden muß. So beispielsweise in Dahlen, Kreis Oelsitz, in Ammelshausen und Thierbach, Kreis Grimma. Ebenso möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es in unserem Bezirk noch Neubauerndörfer bzw. Siedlungen gibt, die noch nicht an das Lichtnetz angeschlossen sind. Solche gibt es z. B. noch im Kreis Würzen. Ich denke, wir sollten uns eingehend damit beschäftigen, wie diese Mängel beseitigt werden können. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern vorwärts, ebenso wie die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung den werktätigen Bauern die größte Hilfe zu gewähren. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, zu deren erfolgreicher Entwicklung es in unserem Bezirk mehrere gute Ansätze gibt.

Auch auf dem Gebiet des Verkehrs gibt es einige dringende Fragen, die unsere Beachtung finden müssen. Fragen der Anzeilenverkehrsverhältnisse oder in Oschatz die Frage der Omnibusverbindungen im Kreis Altenburg die Instandsetzung der Straßen. Beim gründlichen Kennenlernen unseres Bezirkes werden wir zweifellos auf eine Reihe von Mängeln und Missetänden stoßen, die zum großen Teil durch unsere Initiative beseitigt werden können.



Nach der Wende 1989:

Der ersten freigewählten Gemeindevertretung Ziegelheims obliegt auch die Aufgabe, sich mit der künftigen Landeszugehörigkeit zu beschäftigen.

Ergebnis der Wahl zur Gemeindevertretung Ziegelheim am 6.05.1990

Als Abgeordnete der Gemeindevertretung wurden gewählt :

Liste 1

Bauernverband e. V. DDR

1. Kasper, Hans- Jürgen
2. Jacob, Siegfried
3. Ohmann, Carola
4. Kästner, Manfred
5. Schmidgunst, Erich
6. Schwarzenberg, Jochen
7. Tausch, Elke

Liste 2

Bund Freier Demokraten
- Die Liberalen

1. Werrmann, Dietmar

Liste 3

CDU Christlich
Demokratische Union

1. Rüger, Horst
2. Dr. Göhler, Walter
3. Glotz, Günter
4. Tetzner, Thomas (Engertsdorf)
5. Wildenhain, Dieter
6. Tetzner, Thomas (Gähsnitz)

Liste 4

Jugendklub

1. Kühnert, Mario (Ndh!)

gez. Lehmann
Vorsitzender
Wahlkommission

Ziemlich schnell nach der Wahl geht es „in die Vollen“. Die letzte DDR-Regierung muß rasch die Bezirke abschaffen und Länderstrukturen vorbereiten – nur so ist ein schneller „Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ möglich. Dazu wird in den Kreisen Altenburg und Schmölln eine Bürgerbefragung durchgeführt, deren Mehrheitsmeinung den Ausschlag für die künftige Länderzugehörigkeit geben soll.. eigentlich.. – Den Kreisen Altenburg und Schmölln wurde dieses Recht eingeräumt, da sie 1952 dem jetzt wieder sächsischen Bezirk Leipzig einverleibt worden waren. (Hintergrundwissen: Die SDP (DDR-Sozialdemokraten) und die CDU stehen kurz vor der Vereinigung mit ihren West-Pendants, der Wahlkampf im März wurde massiv von diesen unterstützt. Vor allem Kanzler Helmut Kohl wirbt für die schnelle Einführung der D-Mark und „blühende Landschaften“ im Osten. Der schnellen Wiedervereinigung wird alles andere untergeordnet. (Weltpolitisch gesehen war tatsächlich Eile geboten – 1991 löste sich die Sowjetunion auf, eine Wiedervereinigung wäre sicher ungleich schwieriger geworden..))



Gegen Ende des obigen Textes finden Sie bereits einen Hinweis auf den „Ziegelheimer Sonderweg“..

Demnächst: Rot-weiß oder Weiß-grün?

LVZ fragte Bürger nach ihrer Meinung zu dieser Thematik

Eines steht jedenfalls fest: Altenburger bleiben Altenburger. Ob sie sich in Zukunft Altenburger Sachsen oder Altenburger Thüringer nennen werden, ist noch unklar. Das wird sich im Juli entscheiden. LVZ fragte vorab schon einige Bewohner der Skatstadt, wofür sie stimmen.

Johanna und Herbert Linde, 84/80: Von Rechts wegen gehören wir doch zu Sachsen, oder?

Elke Artmann, 24: Ist mir egal, ob wir Sachsen oder Thüringer werden, davon wird die Luft hier auch nicht besser. Thüringen wäre wahrscheinlich vom Wirtschaftlichen her ungünstiger für uns. Sachsen als Industrieland hat mehr Geld, da können u. a. Kinderkrippen mehr gestützt werden. Das wäre wohl günstiger für mich und meine drei kleinen Kinder...

Maik Schmidt, 11: Thüringen. Die Sachsen reden so blöd.

Frank Erhart, 32: Ich bin geborener Altenburger und habe 17 Jahre in Sachsen, in Bautzen, gewohnt. Ich fühl mich mehr als Sachse, die Sachsen sind gemüthlicher, freundlicher. Thüringer sind mir zu mufflig.

Katrin Jung, 37: Ich wohne in Altenburg-Nord. Hier siehts weder nach Sachsen noch nach Thüringen aus. Das ist einfach 'n langweilige Betonsiedlung, da fühl ich mich weder als Sachse noch als Thüringer...

Dieter Fritzsche, 57: Die Wirtschaft entscheidet, wie's mit uns weitergeht, und da ist Sachsen für uns besser. Und überhaupt, von Thüringer Traditionen hab ich hier noch nie was gemerkt.

Monika Hollert, 43: Thüringen, das war's doch schon früher.

Carola Helmich, 18: Hab mich noch nicht entschieden. Außerdem gibt's jetzt nichts Wichtiges zu entscheiden? Was aus den Leuten wird, die demnächst auf die Straße fliegen?

Matthias Gey, 14: Fast meine ganze Klasse ist für Sachsen. Thüringen kenn ich doch gar nicht.

Waltraud Graichen, 66: Wir brauchen schnell eine starke Wirtschaft. Und die kriegen wir nur in Sachsen.

INA MATTHES
BIRGIT WUFKA

Hier zeigt sich bereits das Dilemma, die Ursache, für die bis heute anhaltenden „Verstimmungen“. Das Ergebnis der Bürgerbefragung sollte der Leitfaden für die Kreistagsabgeordneten sein. Denn letztlich hatten diese den entsprechenden Kreistagsbeschuß über die Länderzugehörigkeit zu fällen. Wie der untere Artikel zeigt: Es war den Politikern schon 1990, am Beginn der „großen Freiheit“, herzlich egal, was die Bevölkerung wollte – Parteipolitik ging vor. Wer sich die Mühe macht, den Artikel zu lesen, wird feststellen, das das Volk Recht hatte, nicht die Partei! Der Landkreis ist immer ein Anhängsel Thüringens geblieben. Die damals noch vorhandene Einbindung in den Wirtschaftsraum Halle-Leipzig-Borna-Böhlen-Espenhain, ja bis nach Chemnitz und eben auch die Bedeutung der Zugverbindung Leipzig-Werdau – all das ging verloren, eine feste Einbindung in irgend einen thüringischen Wirtschaftsraum erfolgte nie. Dieser endet von Jena aus gesehen am Hermsdorfer Kreuz und Gera hatte nach dem Wismut-Ende jahrzehntelang riesige Probleme mit seiner „Gesundschumpfung“ und Verschuldung. Als Sahnehäubchen hat Sachsen seine Autobahn um den Kreis Altenburg herumgebaut, ohne einen ostthüringischen Anschluß.. aber das Volk ist ja dumm.. *(Diese letzten Zeilen stellen die Privatmeinung des Autors dar und spiegeln seine eigenen Erfahrungen und Forschungsergebnisse wider.. Hier wird auch nicht eine bestimmte Partei angeprangert. Bekanntlich stellte ja die CDU die erste thüringische Regierung und den ersten Altenburger Landrat.)*

Bei Länderbildung: SPD für Thüringen

Für Entscheidung zählen Fakten, keine Emotionen

Mit der bevorstehenden Länderbildung wird den Menschen im Altenburger Land die Frage der künftigen Länderzugehörigkeit, die Entscheidung, ob Thüringen oder Sachsen beschert. Die Länderfrage stand natürlich auch für uns Sozialdemokraten. Lange haben wir hierüber nachgedacht und diskutiert, um uns schließlich mit großer Mehrheit für Thüringen zu entscheiden. Emotionen hatten hierbei keinen Platz, nur Fakten galten.

Ein zu berücksichtigender Fakt ist unsere Historie. Die besagt: Altenburg war stets thüringisch. Auch wenn es dieses Land erst wieder seit 1920 gibt, es existierte vorher als Vielzahl kleiner Herzogtümer. Ein Wechsel zu Sachsen wäre ein abrupter Bruch mit unserer jahrhundertalten Geschichte. Länderzugehörigkeit ist stets auch eine Identitätsfrage. Da zwischen Identität und Geschichte eine Verbindung besteht, gibt es daraus schon ein Plus für Thüringen. Unsere Identität ist aber z. B. auch unsere Mundart, die sich von der Leipziger oder sächsischen unterscheidet.

Aus verkehrstechnischer Sicht kann es keine Ängste vor Thüringen geben. Die – natürlich auch zu modernisierende – Autobahn Eisenach–Meerane ist eine leistungsfähige Verkehrsachse und beste Voraussetzung für eine rege Wirtschafts- und Handelstätigkeit. Die in der Pro-Sachsen-Diskussion oft angeführte, zumeist sächsische Eisenbahnstrecke Leipzig–Werdau kann überhaupt kein Grund für den Anschluß an Sachsen sein. Vor hundert Jahren hat die Eisenbahn jede Ländergrenze überwunden, sie wird es heute erst recht tun. Trotz einer Zugehörigkeit zu Thüringen sehen wir auch keinen Grund, kulturelle, kommerzielle oder andere Verbindungen nach Leipzig oder Sachsen abbrechen zu müssen, wie manchmal argumentiert wird.

Der Gedanke, sich Sachsen anzuschließen, wurde im wesentlichen aus wirtschaftlichen Erwägungen geboren. Sachsen sei das industriell stärkere Land, daraus resultiert größerer Wohlstand. Wir teilen diese Meinung nicht. Zwar ist Sachsen reich an Industrie, diese ist aber überwiegend veraltet. Sie ist gekennzeichnet durch rauchende Schloten, Kohlekraftwerke, Schwerindustrie, Textilindustrie u. ä., im wesentlichen eine Struktur der zweiten industriellen Epoche. Eine moderne, heute wettbewerbsfähige Industrie hat ein anderes Gesicht: Elektronik, Elektrotechnik, Werkzeug- und Spezialmaschinenbau, Feingerätetechnik u. a. m. So gesehen hat Thüringen die weitaus besseren Startbedingungen. Das betrifft aber auch Dinge wie die Betriebsgröße. Thüringens Wirtschaft ist durch einen breiten Mittelstand gekennzeichnet. Und dieser, so lehren die Erfahrungen Bayerns und Baden-Württembergs, ist die tragende Säule der Wirtschaft. Bedacht haben wir auch, daß Sachsen das vom alten SED-Regime am meisten ausgepowerte Land ist. Der industrielle Umbau, die Reparatur der riesigen ökologischen Schäden im Braunkohlengebiet, im Erzgebirge und anderswo wird riesige Summen kosten, die größtenteils das Land tragen müssen. Und für die Städte Leipzig, Dresden, Chemnitz gibt es ehrgeizige Aufbaupläne. Die Kosten für den Wiederaufbau des sächsischen Königsschlusses werden z. B. auf 2 Mrd. DM geschätzt. Wollen wir Gefahr laufen, unsere Bauhandwerker wieder abgeben zu müssen...?

Dr. POSMIK

Stimmzettel bitte bis 13. Juli abgeben

Entsprechend einer Aufforderung des Ministerium für regionale Zusammenarbeit bezüglich des Ablaufes der Bürgerbefragung über die Zugehörigkeit des Kreises Altenburg zu den künftigen Ländern Sachsen oder Thüringen wurde durch den Landrat des Kreises Altenburg festgelegt, daß die Stimmzettel der Bürger durch die zuständigen Verwaltungen der Gemeinden und Städte bis zum **13. Juli 1990** entgegengenommen werden. Die öffentliche Auszählung und Feststellung der Ergebnisse der Bürgerbefragung wird in den Städten und Gemeinden des Kreises am **14. Juli 1990** durchgeführt.

Volkswille mit Füßen getreten

Spielt man in der Skatstadt Altenburg mit gezinkten Karten, also falsch? Die Kreistagsabgeordneten zumindest haben sich in dieser Hinsicht am Mittwochnachmittag schwer belastet. Wie anders sonst soll man die Mißachtung des Wählerwillens kennzeichnen, als 38 der 65 anwesenden „Volksvertreter“ das Resultat der Bürgerbefragung über die zukünftige Landeszugehörigkeit des Kreises von den Füßen auf den Kopf stellten. Prof. Dr. Karl Bönninger, namhafter europäischer Staatsrechtler, sprach von „einem beispiellosen Vorgang in der Verfassungsgeschichte der Neuzeit“, damit wolle er die Jahrzehnte seit der Weimarer Verfassung verstanden wissen. In Altenburg wurde in der Tat jenem Demokratieverständnis, das das Volk der DDR erst im Herbst '89 auf der Straße erkämpfte, enormer Schaden zugefügt.

Offenkundig war das Trauerspiel von langer Hand vorbereitet, denn bereits am Tag vor diesem beschämenden Altenburger Verdrehungsakt hörte man hinter vorgehaltener Hand, daß sich jene auf den Abgeordnetenbänken, denen das Volkes Entscheidung nicht in den Kram paßte, etwas „einfallen lassen wollen“. Und sie ließen sich etwas einfallen. Zunächst erst einmal geheime Abstimmung, schließlich hätte die namentliche jene der Öffentlichkeit entlarvt, denen die Meinung der Bürger schnurz und piepe ist. So blieb man schön anonym.

Wie sieht es mit der juristischen Seite dieser, die Altenburger mögen mir verzeihen, Posse aus? Im Entwurf über das Ländereinführungs-

gesetz ist eindeutig formuliert: „die Bürger entscheiden über die Zugehörigkeit“ zum jeweiligen Land. Und „bis zum 21. 7. muß der Antrag im Ergebnis der Bürgerbefragung“ eingereicht werden. Ergänzend heißt es im Ministerratsbeschuß vom 6. 6. 1990, wie uns Kurt Kruschinski aus dem Ministerium für Regionale und Kommunale Angelegenheiten ins Bild setzte, „der Landrat informiert den Kreistag über das Ergebnis der Bürgerbefragung und fordert ihn auf, dieses Resultat durch Beschluß zu legitimieren“. In Altenburg so geschehen.

Aber dann eben kochte man das eigene Süppchen. Dazu die Stimme des Ministeriums: „Der Ministerrat kann dem Kreistag keine Vorschriften machen, der ist souverän in seinen Entscheidungen.“

Diese Auffassung stütze gestern ein Fernschreiben des zuständigen Volkskammerausschusses, von Minister Dr. Manfred Preiß abgezeichnet. Die Entscheidung sei laut Kommunalverfassung rechtmäßig, Punkt und Schluß. So einfach ist das. Nur schwerlich lassen sich hier Vergleiche an zurückliegende vier Jahrzehnte verdrängen. Nur daß damals andere bestimmten, was für das Volk richtig zu sein hatte. Warum dann eigentlich diese Bürgerbefragungen, wenn sie sowieso ohne Bedeutung sind?

Jetzt hat die Volkskammer am Sonntag das Wort. Sie entscheidet über die Anträge der Kreistage. Die beiliegenden Dokumente über Bürgerbefragungen darf sie nicht auch wie Makulatur behandeln, wenn ihre Autorität als höchste Volksvertretung bewahrt bleiben soll.

GÜNTHER GIESSLER

Altenburger Bürger kommen sich geprellt vor

Mißachtung des Wählerwillens über künftige Landeszugehörigkeit trifft überall auf Empörung

Leipzig (LVZ). Verständnislos und empört steht ein Großteil der Bürger des Kreises Altenburg dem Kreistagsbeschuß gegenüber, der – den Mehrheitswillen der Volksbefragung mißachtend – sich für ein künftiges Land Thüringen entschied. Was ist diese Bürger-Befragung eigentlich wert, wer ist denn nun der Souverän, fragen sich nicht nur jene, die sich jetzt von ihren Volksvertretern regelrecht geprellt und genaschelt vorkommen. Die Bürgerbefragung, urteilend der angesehenen Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Bönninger, an der über die Hälfte

der Einwohner teilnahmen, habe den Rang eines Volksentscheides, der demzufolge weit über Kreistagsbeschlüssen als Gesetz einzuordnen ist.

Bürger des Kreises Altenburg gaben in Anrufen, Protestschreiben und persönlichen Vorschlägen in der Lokalredaktion ihren Protest gegen das Votum des Kreistages zum Ausdruck. Auch Landrat Christian Gumprecht äußerte sich gegenüber LVZ: Für mich ging der Wille des Volkes bei der Abstimmung über eventuelle persönliche Wunschvorstellungen hinaus. In der Beschluß-

vorlage des Ministerrates über die Länderzugehörigkeit war ein Verfahrensmodus vorgegeben, der sowohl eine Bürgerbefragung als auch einen Entscheid des Kreistages vorsah. Damit bestand die Möglichkeit, daß das Parlament des Kreises zu einer gegensätzlichen Entscheidung kommt. Daß im Kreis Altenburg dieser Fall eintrat, sehe ich als bedauerlich an. Erst mit der Entscheidung der Volkskammer wird aber die endgültige Zugehörigkeit zu einem Land geklärt sein.

Ärzte und Schwestern der Schulzahnklinik Altenburg, Hinter der

Waage 1 fragen: Wozu wird in der Stadt Altenburg und im Landkreis eine Bürgerbefragung durchgeführt, die mit 53,8 Prozent für Sachsen ausfällt, wenn dann der Kreistag über die Köpfe der Bevölkerung genau das Gegenteil beschließt? Ist das die neue Art von Demokratie, die jetzt geübt wird?

Wolfgang Bär, Direktor des VEG Großroda: Mit großer Empörung haben wir die Entscheidung des Kreistages vernommen. Unsere Belegschaft ist der Meinung, es braucht keinen Bürgerentscheid zu geben, wenn die Entscheidung der Bürger überhaupt nicht beachtet wird. Wozu haben die Bürger das Porto für den Brief an den jeweiligen Rat der Gemeinde oder an die Stadtverwaltung eigentlich ausgegeben?

LVZ vom 20.07.1990

Landrat Christian Gumprecht:

An die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Altenburg

In den vergangenen Tagen erreichten mich viele Briefe und Anrufe von Bürgern unseres Kreises, die Unverständnis, Enttäuschung und Enttäuschung zu der vom Kreistag am 18. 7. 1990 getroffenen Entscheidung bezüglich des Antrages an den Ministerrat über die künftige Landeszugehörigkeit zum Land Thüringen zum Ausdruck brachten.

In der gegenwärtigen Phase des Umbruchs und der Erneuerung unseres Landes bemühen wir uns um demokratische Formen des gesellschaftlichen Umganges miteinander. Umso mehr stößt der Kreistagsbeschluss auf das Unverständnis nicht nur bei vielen Bürgern des Kreises, sondern auch bei mir. Dabei geht es nicht um die juristische Rechtmäßigkeit des Beschlusses. Dieser ist durch die Kommunalverfassung vom 17. 5. 1990 gegeben, nach der der Kreistag „... das oberste Willens- und Beschlussorgan des Landkreises“ ist. Außerdem habe ich sofort nach dem Entscheid beim Rechts- und Verfassungsausschuß der Volkshammer zur Rechtmäßigkeit des Beschlusses angefragt.

In der Antwort darauf hieß es, es „ist eindeutig ersichtlich, daß der vom Kreistag Altenburg in Abweichung vom mehrheitlichen Bürgerwillen beschlossene Antrag den Rechtsnormen entspricht und rechtskräftig ist.“

Mein Demokratieverständnis erwartete von den Abgeordneten aller Parteien, sich selbst über persönliche Wunschvorstellungen hinwegzusetzen und sich dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung anzuschließen. Daß dies nicht geschah, bedauere ich sehr.

Es geht mir in meinen folgenden Ausführungen nicht um die Frage Sachsen oder Thüringen, sondern um das demokratische Miteinander in unserem Kreis.

Erstens ist es dringend notwendig, daß politische Entscheidungen im Vorfeld durchschaubar von den Parteien in den Medien und von den Medien dargestellt werden. Dies obliegt nicht dem Landratsamt. Nach 40 Jahren haben wir endlich eine Trennung zwischen politischer Entscheidung im Kreistag und der Verwaltung im Landratsamt

erreicht. Im übrigen wurde der örtlichen Presse vom Landratsamt der genaue Zeitplan und die Verfahrensweise der Bürgerbefragung und Entscheidungsfindung übergeben und veröffentlicht. Die organisatorische Vorbereitung und Auszählung der Befragung wurde von den Verwaltungen der Städte und Gemeinden unter Mithilfe des Landratsamtes vorgenommen.

Zweitens hätte ich erwartet, daß die Abgeordneten, die sich nicht dem Entscheidungsvorschlag, aus welchen Gründen auch immer, anschließen wollten, ihren Standpunkt in der Kreistagsdebatte deutlich und öffentlich zum Ausdruck bringen, was nur wenige Abgeordnete taten.

Nur durch offene Argumentation kann man Verständnis für die eigene Entscheidung erwarten.

Darum fand in diesem Fall die geheime Abstimmung **nicht** meine persönliche Zustimmung.

Gerade aufgrund der Ereignisse der letzten 10 Tage wende ich mich an Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises, sich nicht in die Resignation der letzten 40 Jahre zurückfallen zu lassen. Unsere junge, lernfähige Demokratie braucht Ihre Mitarbeit wie Ihre Zustimmung und Ihre Kritik.

Ich möchte Sie ermuntern, mit Ihren Abgeordneten zu sprechen, wie Sie sich die Zukunft in unserem Kreis Altenburg vorstellen. Vergessen wir über der Auseinandersetzung nicht, uns politisch und wirtschaftlich einzubringen.

Zu welchem Bundesland wir auch immer gehören, ist Engagement erforderlich, um den Anschluß an die Entwicklung nicht zu verpassen.

Ich halte es für notwendig, daß alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte einen gemeinsamen Konsens finden und sich schnellstmöglich den Erfordernissen der entstandenen Situation stellen.

Nur so können wir unseren Kreis zum Wohl und Vorteil der Bürger im Land Thüringen einbringen.

Bereits im August 1990, vier Wochen nach dem Kreistagsbeschluß, ist der Kreis Altenburg als Wahlkreis zur Thüringer Landtagswahl gesetzt, die tatsächlich kurz nach der Wiedervereinigung (3.10.90) am 14.10.90 stattfindet:

Bekanntmachung 22.8.90
zur Landtagswahl am 14. Oktober 1990

Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des zukünftigen Landes Thüringen sind aufgerufen, am 14. Oktober 1990 die Abgeordneten des Landtages Thüringen zu wählen.

Die Volkskammer hat am 22. Juli 1990 das Gesetz über die Wahlen zu Landtagen und die Ordnung zur Durchführung der Wahlen zu Landtagen beschlossen.

Am 16. August wurden durch die Landeswahlleiter Thüringen, Herrn Schulze, die Kreiswahlleiter berufen.

Für Altenburg ist Herr Heinz Woi-the, sein Stellvertreter ist Frau Katrin Lehrer.

In den nächsten Tagen wird sich unter Beteiligung aller Parteien und engagierten Bürger der Kreiswahlauusschuß konstituieren.

Alle Sitzungen des Kreiswahlau-schusses sind öffentlich und werden durch Aushänge im Landratsamt bekanntgegeben. Die Wahlvor-schläge aller Parteien und poli-tischen Vereinigungen für den Wahl-kreis 30 (Landkreis Altenburg I) sind bis spätestens 4. 9. 1990 an den Kreiswahlauusschuß Altenburg ein-zureichen.

Dies gilt auch für Kreiswahlvor-schläge von Einzelbewerbern.

Die Wahlvorschläge für den Wahl-kreis 31 (Landkreis Altenburg II) mit den Gemeinden Falkenhain, Fockendorf, Gerstenberg, Göhren, Großröda, Haselbach, Kriebitzsch, Lehma, Lödla, Lucka, Meuselwitz, Monstab, Mumsdorf, Naundorf, Pröbzdorf, Rositz, Starkenberg, Tegkowitz, Treben, Wintersdorf, Zetz-scha sind zum gleichen Termin an den Kreiswahlauusschuß Schmölln einzureichen.

Der Kreiswahlauusschuß und der Kreiswahlleiter Landkreis Alten-burg I haben ihren Sitz im

Landratsamt Clara-Zetkin-Straße 9, Altenburg 7400, Zimmer 72, Tel. 37 12 13.

Landkreis Altenburg II. **Landrats-
amt Amtsplatz 1, Schmölln, 7420,
Zimmer 114, Tel. 67 231.**

KATRIN LEHRER,
stellv. Kreiswahlleiter

Wie der untere Artikel zeigt, die Kreise Altenburg und Schmölln sind nun „feste Bestandteile“ Thüringens. Wichtig: 1990 bis 1994 war der Kreis Schmölln eigenständig. Die dortige Bürgerbefragung ergab eine deutliche Mehrheit für Thüringen, die vom Schmöllner Kreistag auch korrekt übernommen wurde..

MONTAG, 17. SEPTEMBER 1990

**Auf dem Weg in die Zukunft
Bundesland Thüringen**

Die Kreise Altenburg und Schmölln befinden sich nach 38 Jahren Thüringen-Abstinentz nunmehr wieder auf dem Weg in dieses Neu-Bundesland. In den kommenden Ausgaben möchten wir mit einigen Fakten und Daten zu Land und Leuten, zu Wirtschaft, Politik, Kultur und Geschichte das Land kurz vorstellen

Gebiet und Bevölkerung

Die Landesfläche Thüringens beträgt 15 209 Quadratkilometer und damit 14,1 Prozent der DDR-Fläche. Das künftige Land umfaßt die heutigen Bezirke Erfurt, Gera und Suhl. Hinzukommen des weiteren die Kreise Artern vom Bezirk Halle sowie Altenburg und Schmölln. Auch im halleschen Kreis Naumburg gab es Bestrebungen der Bevölkerung von zehn Gemeinden des Gebietes "Molauer Platte", unter dem Motto "Lieber Tor zu Thüringen als Hinterhof von Sachsen-Anhalt" nach Thüringen zu gehen, nachdem dieser Landtrich im Südosten des Kreises bereits bis 1952 zu Thüringen gehörte. Die Bevölkerung beträgt derzeit 2,5 Millionen Einwohner. Damit kommen auf einen Quadratkilometer 165 Einwohner. Die Landeshauptstadt war bis 1948 Weimar, danach Erfurt. Seit 1952 existierte das Land in den Bezirken Erfurt,

Gera und Suhl, wobei einige Gebiete - wie das Schmöllner und Altenburger Land an den Bezirk Leipzig - an andere Bezirke abgegeben wurden.

Das Land im Südwesten der DDR galt bis in den zweiten Weltkrieg hinein als das "grüne Herz Deutschlands". Bis heute ist dieser geographische Begriff erhalten geblieben. Bis 1920 bestand das Gebiet aus vielen kleinen Grafschaften, Herzog- und Fürstentümern. Bekannt ist Thüringen vor allem durch seinen Waldreichtum sowie durch einzelne Städte mit großer Geschichte, so Weimar, Jena und Eisenach.

Wirtschaft und Soziales

Thüringen ist ein ausgesprochenes Agrar- und Industrieland. Herausragend waren bisher vor allem die Kalisalz-Bergbauindustrie (etwa 80 % der gesamten Kaliförderung der DDR), die Metallurgie (Maxhütte in Unterwellenborn bei Saalfeld), die chemische Industrie in Rudolstadt-Schwarza, der Pkw-Fahrzeugbau in Eisenach und die optisch-feinmechanische Industrie in Jena. Größter Industriebetrieb Thüringens war bisher das Carl-Zeiss-Werk in Jena, das sich nunmehr als Kombinat-betrieb wieder aufgespalten hat und dessen bisherige Betriebsteile sich größtenteils zu selbständigen Firmen abgespalten haben.

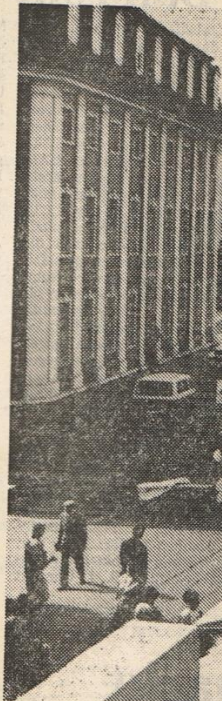
(wird fortgesetzt)

Das Wappen

Acht Sterne und der Löwe. Thüringens Wappen leitet seit Montag die Altenburger und Schmöllner Kreisseiten ein. Eine Erklärung dieser Symbolik gibt heute nun Wilfried Glöde, der damit seine Korrespondententätigkeit für unsere Redaktion aufnimmt.

Acht Sterne und der aufrecht gehende Löwe bilden das Thüringer Wappen, der Löwe - übrigens gleichen Ursprungs und gemeinsames Zeichen mit Hessen - war schon das Wappensymbol der Thüringer Landgrafen im Mittelalter. Die Sterne sind jüngeren Datums. Sie kamen mit der Gründung des Landes Thüringens in der Weimarer Republik dazu. Je einer für jedes Land. Damals waren das allerdings nur sieben. Je ein Stern stand für Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, ohne Coburg, das sich in Volksabstimmung für Bayern entschieden hatte, und Reuss, der aus den beiden Teilen ältere Linie (Gera) und jüngere Linie (Greiz-Schleiz-Lobenstein) gebildete Volksstaat, sowie Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Aus ihnen wurde per 1. Mai 1920 das Land Thüringen gebildet, bewußt in Anlehnung an den sozialistischen Tag, der damals noch kein Feiertag war.

Am 1. September 1945 kam zum Lande Thüringen der frühere Regierungsbezirk Erfurt hinzu. Das neue Wappen - der aufrecht gehende Löwe - erhielt dafür den achten Stern. *Wilfried Glöde*



REGES MARKTREIBEN herrschte. Man durchforstete wollte brauchte Zeit und

Auf dem Weg in die Zukunft (2)

Bundesland Thüringen

Erwähnenswert in der wirtschaftlichen Struktur Thüringens sind weiterhin die Leichtindustrie (Holz-, Glas-, Papier-, Textil- und Bekleidungsindustrie), die Porzellanherstellung in Kahla sowie die Spielwarenproduktion um Sonneberg, die nunmehr sämtlich um ein neues marktwirtschaftliches Profil ringen müssen. Daneben gibt es Werke der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Auch die „weiße Industrie“, der Tourismus, spielt im Land eine wesentliche Rolle.

Mehr als 20 Prozent der Inlandreisen, die von Reisebüros vermittelt werden, haben Thüringen zum Ziel, das mit einem Anteil von 33 Prozent Waldfläche Erholungsmöglichkeiten im Sommer und Winter bietet. Internationale Besucher kommen in erster Linie nach Weimar und Eisenach.

Aus Geschichte und Kultur

In römischen Quellen taucht seit Ende des 4. Jahrhunderts vereinzelt ein Stamm der Thüringer auf, deren Reich sich weit nach Norden (Magdeburg) und Osten (Elbe) ausdehnte. Im 6. Jahrhundert wurde das Thüringenreich durch Franken und Sachsen zerstört und in etwa auf seinen heutigen Umfang zwischen Harz, Rhön und Frankenwald, zwischen Werra und Weißer Elster, eingegrenzt. Fränkische und sächsische Adelige beherrschten die Thüringer Gebiete.

Im Jahr 1485 wurden die wettlin-

schen (sächsischen) Lande aufgeteilt. Der nördliche Teil Thüringens geriet an die Albertiner, der südliche an Ernestiner, Erfurt und das Eichsfeld verblieben beim Erzbischof Mainz. Die 1522 einsetzende Reformation sparte diese Kurmainzer Gebiete aus. Im Jahre 1525 fand der „Große deutsche Bauernkrieg“ mit der Schlacht bei Frankenhausen sein Ende. Unter dem als Thüringer geltenden Ex-Mönch Martin Luther und dem seinerzeitigen Landesherren wurde Thüringen das „Mutterland der Reformation“.

Thüringen ist dann seit dem „Schmalkaldischen Krieg“ von 1547 mehrfach geteilt worden. Kleinstaatentum bestimmten das Bild, allesamt politisch durchweg „kleinkariert“. Ausnahme: Das Herzogtum Sachsen-Weimar, das unter Herzog Karl August (1757 bis 1828) zum geistigen Mittelpunkt Deutschlands aufstieg (mit Goethe, Schiller und Herder).

Im 19. Jahrhundert zerfiel Thüringen in acht Kleinstaaten: Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen, Reuss (ältere Linie) und Reuss (jüngere Linie). Dabei blieb es bis 1920. Nach revolutionären Unruhen und heftigen Auseinandersetzungen kam es im Januar 1920 zur Bildung eines Freistaates Thüringen mit der Landeshauptstadt Weimar.

(Fortsetzung folgt)

FREITAG, 21. SEPTEMBER 1990

Auf dem Weg in die Zukunft (3)

Bundesland Thüringen

1944 wurde Thüringen der bisherige Regierungsbezirk der Provinz Sachsen, Erfurt, übereignet. Bei der Eingliederung Erfurts blieb es auch 1945. Dazu kam noch die kurhessische Enklave, der Kreis Schmalkalden, so daß Thüringen nunmehr erstmals eine geschlossene territoriale Einheit bildete. Allerdings wurde die von Amerikanern verfügte Eingliederung einiger westsächsischer Kreise von den Sowjets wieder rückgängig gemacht. Thüringen verlor die preußisch-merseburgischen Kreise und die Enklave Allstedt an die neu gebildete Provinz Sachsen.

Die landesgeschichtliche Entwicklung Thüringens ist sehr kurz. Sie reicht praktisch nur bis 1920 zurück. Pläne eines „Großthüringens“, die die Nazis zeitweise förderten, konnten nicht verwirklicht werden. Thüringen ist das flächenmäßig kleinste Land der SBZ bzw. der DDR bis heute geblieben.

Kulturell ist Weimar als Klassikerstadt in die Geschichte Deutschlands eingegangen. Die „Wartburg“ in Eisenach stand im Mittelpunkt deutscher Kultur und Nationalgeschichte, hier übersetzte Martin Luther die Bibel, trafen sich deutsche Burschenschaftler und traten für die Einheit Deutschlands Mitte des vergangenen Jahrhunderts ein.

Ein Bildungszentrum Thüringens ist bis heute die „Friedrich-Schiller-Universität“ in Jena.

Die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte“ vor den Toren Weimars erinnert

bis heute an eine der dunkelsten Seiten deutscher Geschichte. Auf dem Ettersberg bei Buchenwald wird jenen 56 000 Toten gedacht, die im KZ bis 1945 umkamen. Nach 1945 sollen hier außerdem auf dem Boden eines sowjetischen Lagers rund 13 000 Internierte bis 1950 umgekommen sein.

Die „Evangelisch-Lutherische Kirche Thüringens“ mit Sitz in Eisenach orientiert sich bis heute größtenteils an den alten thüringischen Landesgrenzen vor 1944/45, also ohne den Raum Erfurt und das katholische Eichsfeld. Und 1972 gliederte man zwar das „Dekanat Schmalkalden“ Thüringen an, wie 1945 den weltlichen Kreis gleichen Namens, rechtlich aber blieb das Gebiet bei der Kirche von Kurhessen-Waldeck im Westen.

In Erfurt und im nordwestlichen Thüringens haben die katholischen Christen größeren Einfluß oder bilden sogar die überwiegende Mehrheit der Gläubigen. Im thüringischen Eichsfeld sind überdies Bestrebungen vorhanden, sich vom Land zu lösen und sich mit dem westlichen Eichsfeld im Bundesland Niedersachsen zu vereinigen. Das betrifft beispielsweise Bestrebungen im Kreis Heiligenstadt. (wird fortgesetzt)

(Die Beitragsfolge entstand im wesentlichen auf der Grundlage einer Broschüre von Peter Joachim Lapp, die 1990 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde.)

Thüringen



Markantes – Besonderes

Das Land Thüringen wird die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl umfassen. Hinzu kommen die Kreise Altenburg, Artern und Schmölln.

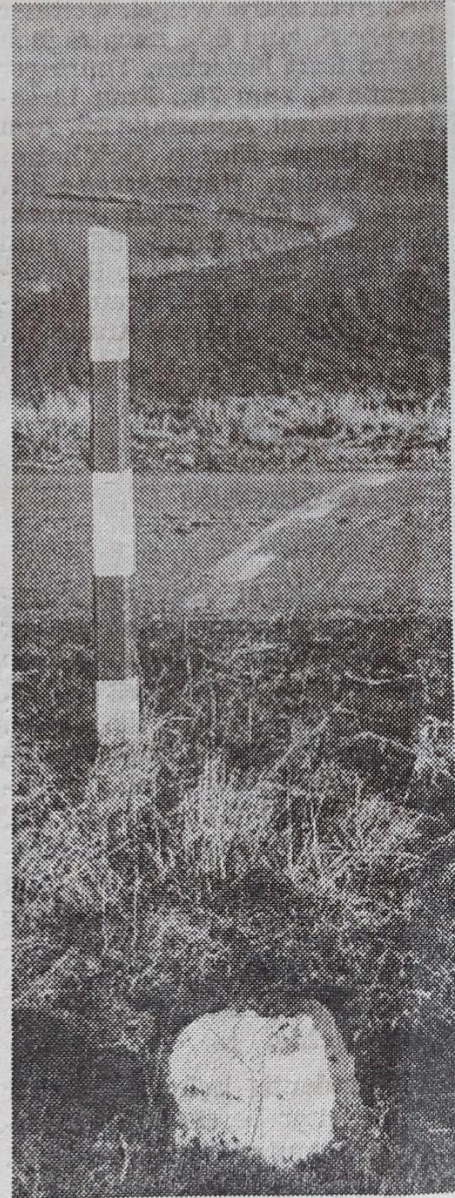
Hier endet die Geschichte des Landkreises Altenburg betreffend der Landeszugehörigkeit.

Der „Sonderweg“ der Gemeinde Ziegelheim:

Grenzgemeinden, die bis Sommer 1952 einem anderen Bundesland angehört hatten, haben die separate Möglichkeit, unabhängig vom Landkreis und dessen Bürgerbefragungen und Kreistagsbeschlüssen, für sich selbst eigene Entscheidungen herbeizuführen. Zu diesem Zeitpunkt waren Gebietsaustausche, sowohl in Kreis- als auch auf Gemeindeebene noch relativ einfach – nicht zu vergleichen mit den heutigen „theoretischen“ Möglichkeiten. Warum? Die Landesstrukturen gab es noch nicht, das Landesverwaltungsamt als zentrale Mittelbehörde war noch nicht geschaffen und es gab weder in Sachsen noch in Thüringen Landesverfassungen in denen das Staatsgebiet festgeschrieben war. Für eine kurze Zeit hatten die Landräte und Kreistage große reale Macht in den neuen Ländern.

(Hintergrundwissen: In den Landes- (Bezirks-), Kreis- und Gemeindeverwaltungen waren mangels Alternativen weiterhin die meisten DDR-Funktionäre und DDR-Angestellten tätig, bis in die Abteilungsleiterenebene. / Während sich die SDP (Ost-SPD) im Oktober 1990 neu gründete, legten Ost-CDU, Bauernpartei, Liberale,.. kurzfristig ihren „Blockpartei-Status“ (auch „Blockflöten“ genannt) ab – die meisten Mitglieder waren aber nach wie vor die alten..)





Den historischen Grenzverlauf markierten eifrige und rührige Bürger in den Farben weiß-grün und rot-weiß. Bürgermeister Kaspar hofft aber, daß Grenzen nicht trennen sondern verbinden.

Erst auf den zweiten Blick wird sich Mancher wieder erinnern: Diese „Thüringisch-Sächsische Grenze“ wurde tatsächlich gezogen. Der Autor überquerte sie regelmäßig und schmunzelte in sich hinein. Der „Grenzort“ befand sich an der Flurgrenze Niederarnsdorf-Nirkendorf, oben auf der Bergkuppe, in der dortigen kleinen Senke. Die „Grenzpfähle“ verschwanden nach der zweiten Bürgerbefragung relativ rasch. Die Farbe auf der Straße war hingegen von guter Qualität – man sah die Reste noch 1-2 Jahre nach der Aktion ..

6.12.90

Ein Dorf will nach Sachsen

Ziegelheim geht eigene Wege. Der Versuch, nicht nur in der Marktwirtschaft Fuß zu fassen.

Damit ist schon viel gesagt, denn hinter dem Entschluß steht der unbeugsame Wille der Gemeindebewohner von Ziegelheim, sich der Entscheidung des Altenburger Landratsamtes nicht zu unterwerfen. Man will, und das zu recht, ins neue „Königreich“ Sachsen, denn, bis 1952 war Ziegelheim sächsisch und will's auch wieder sein. Hier schenkt der Bürgerwille noch geachtet und respektiert zu werden.

Wenn 1826 über Ziegelheim berichtet wird, daß es ein ansehnliches und wohlhabendes Dorf war, so ist damit eine positive „Altlast“ beschrieben, die heute ein Pfund darstellt, mit dem gewuchert werden kann und gewuchert werden muß. Recht überzeugend klingen die Worte des Bürgermeisters Kasper, der, auf das Wort Zukunft angespro-

chen, in Ziegelheim ein Dorf sieht, das seine Perspektive möglicherweise mit im Tourismus hat. Sicher, heute liegt Ziegelheim weit ab vom Schuß, aber eben im Wyhraeinzugsgebiet und damit in einem Landstrich, der durch seine ländliche Unberührtheit schon eine gewisse Attraktivität aufweist. Doch reicht das aus, um zu überleben?

Zwei LPG, zum einen die LPG Tierproduktion und zum anderen die LPG Pflanzenproduktion kämpfen im Augenblick um das Überleben und noch ist nicht abzusehen, wie der Kampf ausgeht. Eine Entscheidung, ob nun positiv oder negativ, wird auf jeden Fall die Existenzmöglichkeiten der Gemeinde mit beeinflussen. Noch fließen Gelder vom Landratsamt in die Gemeindekasse, doch schon zum Jahresende drän-

gen solche Probleme wie die Finanzierung des täglich nötigen Schülertransportes auf die Tagesordnung. Und das ist, gemessen an anderen Problemen wie der unklare Grundvermögenshaushalt noch ein recht kleiner Grund zum Stirnrunzeln. Im Augenblick steht und fällt das Wohl der Gemeinde eindeutig mit der Fixierung von gemeindeeigenem Grund und Boden. Sind hier Klarheiten geschaffen, kann auch über Investitionsmöglichkeiten nachgedacht werden. Dann ist auch mit einem Steuersegen zu rechnen, der natürlich nicht das Allheilmittel sein kann. Ein weiteres Problem ist eine gewisse Rechtsunsicherheit, die aus der Liquidierung der Polizeistellere resultiert. In welcher Form und durch wen hier Abhilfe geschaffen wird, steht mehr oder weni-

ger in den Sternen. Das Thema: „Polizei und wie nun weiter“ ist also nicht nur ein städtisches Problem. Befragt nach den drängendsten Sorgen der Gemeindeverwaltung nannte Bürgermeister Kasper die Abwasserbeseitigung, die Erhaltung und bessere Unterbringung von Kindergärten und Kinderkrippe und den Ausbau eines Trinkwasserversorgungssystems, denn, wie in vielen Gemeinden des Altenburger Landes, hat auch Ziegelheim mit den Ortsteilen Gäsnitz und Niederarnsdorf noch nicht den Stand erreicht, der die herkömmliche Hauswasserversorgung vergessen läßt. Wieviel Abwasser werden noch in den Dorfbach und damit in die Wyhra fließen, bis hier akzeptable Lösungen gefunden worden sind? Ist Ziegelheim dann schon sächsisch? **Ke**

Kosma:

Wichtiges Kulturleben

In der heutigen Zeit, da uns die Wirren der neuen Epoche viele Ideale vergessen lassen, ist es doch wichtig, daß trotz allem Musik, Kultur überhaupt in unserem Herzen noch Anklang finden und Entspannung bieten - vor allem in der Weihnachtszeit.

Deshalb lädt die Gemeinde Kosma zu einer kleinen

„Musik zur Weihnachtszeit“ mit dem Land- und Heimatchor Kosma e.V. in die Kosmaer Kirche herzlich ein.

2. Adventsonntag, 16.30 Uhr. Eintritt kostenlos!

Nach Belieben kann eine Gabe für die Restaurierung der Kosmaer Orgel gespendet werden, damit die kulturellen Schätze der Vergangenheit wieder langsam in unserem Alltag Platz finden. Auch stehen bunte Liederabende im neuen Jahr - gestaltet vom Land- und Heimatchor Kosma e.V. - auf dem Programm, die dann eventuell in der Kosmaer Gaststätte für gemütliche Abende sorgen sol-





NACH SACHSEN ZIEHT es Ziegelheim ebenso wie über ein Dutzend weitere Orte der Länder Thüringen und Brandenburg.

Foto: LVZ (Krebs)

Gelle, wir sind doch Sachsen

Die Ziegelheimer Bürger wollen ihre thüringische Landeszugehörigkeit ad acta legen lassen

VON HEIDI ENNS

Einem geschenkten Gaul soll man nicht ins Maul schauen. Dies Sprichwort beherzigten schon die alten Römer. Nun, die Ziegelheimer halten auf Tradition. Und zwar so sehr, daß sie nicht nur das Maul, sondern gleich den ganzen geschenkten Gaul übersahen. Sie wollten das Pferd nicht, das ans „trojanische“ erinnerte.

In dem kleinen Dorf im Südosten des Kreises Altenburg hatte man nämlich auf ein anderes Roß gesetzt, auf das Zugpferd Sachsen. Solches hatten die Ziegelheimer nachdrücklich bei der Bürgerbefragung vor der Länderbildung in diesem Jahr bekräftigt. Was ihnen von Altenburg aus dann jedoch ins Land geschoben worden war, entpuppte sich als Thüringen.

Wie die anderen Ziegelheimer auch pocht seitdem Sieghard Hertzsch auf Recht und Tradition. Sein Bauernhof ist seit 1643 nachweisbar seit Generationen vom Vater auf den Sohn vererbt worden. Auf eben diesem Bauernhof war er selbst als Kind ein Sachse, als 51-jährigen hat man ihn zum Thüringer gemacht.

Nun, den Hühnern auf dem Bauernhof von Sieghard Hertzsch ist es gleich, ob sie in einem thüringischen oder einem sächsischen Landessuppentopf landen. Nicht egal ist es Sieghard Hertzsch und den anderen Ziegelheimer Einwohnern. Sie fühlen sich emotional zu Sachsen zugehörig. Die Historie ist auf ihrer Seite, belegt unbestechlich, daß Ziegelheim bis 1952, als die Bezirke gebildet wurden, zum Kreis Glauchau gehörte, damit zu Sachsen. „Dem Kreis Altenburg ordnete man das Dorf erst später zu“, berichtet Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper. Vor allem aber grämte es die Ziegelheimer, daß eine Bürgerbefragung im Kreis zur Landeszugehörigkeit zwar

erfolgt war (86 Prozent der Ziegelheimer waren für Sachsen), anschließend aber kein Hahn mehr in Altenburg nach der Meinung der Ziegelheimer und der anderen Kreisbewohner krächte. Das Kreisparlament hatte sich kraft seines Amtes für Thüringen entschieden. Die Mehrzahl der rund 1150 Einwohner von Ziegelheim und seinen Ortsteilen Engersdorf, Gähnsitz und Niederarnsdorf klappte daraufhin das Visier herunter und „übersah“ im Oktober geflüstert die Wahlurnen für das thüringische Landesparlament (die Wahlbeteiligung lag bei 34,8 Prozent).

„Gelle, was nützen denn Umfragen, wenn man in Altenburg macht, was man will?“ konstatierten immer noch empört Postzustellerin Rosmarie Simmel sowie Brigitte Winter und Anni Kolar aus dem Ziegelheimer Dorfkonsortium. Sie fühlen sich als Sachsen, ebenso wie Walter Göhler, der Vorsitzende des Gemeindeparlaments. Das Gemeindeparlament hat inzwischen den Antrag gestellt – in der Gemeindevertretung mit Mehrheit beschlossen – an Sachsen angegliedert zu werden, was laut Länderreformgesetz möglich ist. Schreiben an die Ministerpräsidenten beider Länder sind auf den Weg gebracht worden, darin verpackt ebenso der konkrete Nachweis aus dem Dresdner Staatsarchiv, daß Ziegelheim bis 1952 zu Sachsen gehörte. „Wir haben damit im Sinne der Bürger entschieden“, meint Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper. „Hätten wir auf den Kreistagsbeschluß zu Thüringen nicht reagiert, hätten wir unser Gesicht verloren.“

Die Entscheidungsfrage Thüringen oder Sachsen betrifft allerdings nicht nur die Gemeinde, sondern auch die schöne Ziegelheimer Wallfahrtskirche, die zur evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen gehört. „Das beginnt schon bei den Kirchensteuern“, meint Pastorin Annerose Dutschmann.

Die Kirchensteuern der Ziegelheimer würden nämlich ins Thüringische fließen. Vivat Sachsen, das spiegelt sich so nicht nur emotional, sondern in vielerlei Gesichtspunkten wider, auch ganz in der Familie, wie bei Ilse Eichler. Ihr Enkel verewigte das Sachsenwappen an der Gebäudefront. Ilse Eichler selbst plädiert für Thüringen, und das aus menschlich-verständlichen Gründen. Es geht um die vielen Verbindungen, die bis dato zur Kreisstadt geknüpft worden waren.

In Altenburg gab es die verbindlichen staatlichen Institutionen. Verkehrswege, Einrichtungen, Geschäfte, nicht zuletzt Menschen, sind dort durch jahrelange Kontakte vertraut geworden. „Manche sagen, Thüringen war früher das Armenhaus, Sachsen war reich ...“ – hebt Ilse Eichler die Schultern. Sie ist, ob Thüringer oder Sachse, Mindestrentner. Weniger emotional und mehr von der praktischen Seite sieht es auch Manfred Uhlig in Engersdorf, einem Ziegelheimer Ortsteil. Sein Ortsteil ist in der Zwickmühle. Laut historischem Grenzverlauf gehörte er nämlich früher zu Thüringen, wurde später als Ortsteil Ziegelheim einverleibt. „Gut die Hälfte der Engersdorfer sind für Thüringen“, meint er. „Aber eigentlich ist in der Hauptfrage, ob es uns künftig besser gehen wird, die Landeszugehörigkeit doch egal. Wenn wir uns nicht selbst aufrappeln, wird ohnehin nichts.“ Der 56-jährige arbeitet in der Tongrube im Nachbarort. „Kurzarbeit. Wir produzieren gegenüber den anderen einfach noch zu teuer.“ Illusionen hat er nicht, mit 56 noch eine andere Arbeit zu finden.

Hoffnung auf ein reiches Sachsen? Sicher spielt die finanzielle Perspektive mit eine Rolle, wenn es um die Landeszugehörigkeit geht. Für Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper zählt bei seiner Entscheidung vor allem die Historie. „Das Abwarten der Entschei-

dung, eine mögliche neue Bürgerbefragung bringt natürlich Unruhe und Unsicherheit mit sich. Ansonsten kann man über mögliche finanzielle Folgen nur spekulieren. Wenn wir als Gemeinde reicher werden, ist das eine angenehme Folge, wenn nicht, müssen wir halt damit leben.“ Der 26-jährige Bürgermeister hat voll damit zu tun, die Gegenwart zu meistern. Arbeitslosigkeit macht um Ziegelheim keinen Bogen. Eine Reihe junger Leute hat das Dorf schon verlassen, um sich woanders das Brot zu verdienen. Die beiden LPG kämpfen ums Überleben, wollen sich zusammenschließen. Absehbar ist, daß in Zukunft die Schar der Arbeitslosen durch die Landwirtschaft größer wird. Auch für Sieghard Hertzsch, den Brigadier in der Pflanzenproduktion, ist die Zukunft ungewiß. Mit 51 Jahren als privater Familienbetrieb wieder von vorn anzufangen, da sieht er keine Chance. Der große Sohn ist Karosseriebauer, der kleine lernt Klompperinstallateur. Der Hof wird für weitere Generationen sicher in pflegender Obhut sein, aber als alleiniger Broterwerb ...?

In der Gemeinde selbst stehen weitere Probleme wie Abwässerbeseitigung. Das kommunale Straßennetz muß in Ordnung gebracht werden. All das kostet Geld. Die Gemeinde ist in der mißlichen Lage, kein Eigentum zu haben. Bei der Treuhand wurde zwar die Übernahme verschiedener Einrichtungen beantragt wie für die Mehrzweckhalle, die staatliche Arztpraxis und Zahnarztpraxis, aber das braucht seine Zeit. Wie soll aber die Kommune Kredite aufnehmen, die sie für wirksame Veränderungen braucht, wenn sie noch keine Sicherheiten bieten kann?

Nun, in einem sind die Ziegelheimer ziemlich hoffnungsvoll, nämlich offiziell wieder Sachsen zu werden. Aber auch das wäre kein Blankoscheck auf die Zukunft.

07.12.1990

86 Prozent der Bürger Ziegelheims wollen zurück in den Freistaat Sachsen



Gleichgültig von welcher Seite sich der Besucher Ziegelheim nähert, immer wird er von der markanten Silhouette der Kirche begrüßt.



Fröhliche Gesichter der Schulkinder. Kein Wunder, denn das Lernen in der Familienatmosphäre einer Dorfschule macht ja auch Spaß.



Die Busverbindung Glauchau-Ziegelheim muß bei der Anbindung an den Landkreis Glauchau unbedingt weiter ausgebaut werden.

Thüringen muß uns endlich gehen lassen

Wann wird Ziegelheim zum Landkreis Glauchau gehören?

Immerhin 52 Prozent der Bürger des Landkreises Altenburg und 86 Prozent der Bürger Ziegelheims wollen zurück nach Sachsen. Während das Votum der Gesamtbevölkerung im parteipolitischen Gerangel des Kreistages Altenburg unterging, steht der Großteil der Ziegelheimer zu dem rechtlichen und historischen Anspruch, die Zwangsumsiedlung rückgängig zu machen. Ziegelheims Ansinnen, in den Landkreis Glauchau eingebunden zu werden, wird historisch durch eine jahrhundertlange sächsische Kirchengeschichte, die schönburgische Herrschaft und die zeitweilige Verwaltungshoheit Waldenburs belegt. Der Ort, 3 km nördlich

Oberwiera gelegen, ist ein anscheinliches, verschlafenes Pfarrkirchdorf mit einer schön gebauten, hoch getürmten, weit und breit sichtbaren Kirche. Zur 1100-Seelengemeinde gehören die 13 Häuergemeinden Gähnsitz, das nördlich anstossende Uhlmannsdorf, das im Nordwesten gelegene Niederarnsdorf, Heiersdorf sowie die Wieratalortschaft Engertsdorf.

Die Kirche bei klarer Sicht von Leipzigs Türmen aus wahrnehmbar, wirkt mit Dorfschule, Kirchgut und enger Gasse zum Gemeindeamt wie eine Kulisse für Heimatfilme. Große Bauerngüter, Eigenheime und Neubauhäuser prägen das Bild des Ortes, der künftig im Wieratal auf Naherholung setzt.

Nicht daß in Ziegelheim die Volksseele kocht, im Gegenteil, es droht Gleichgültigkeit und Lethargie, weil die Verantwortlichen in Erfurt und Dresden zögern und verschleppen. Notfalls an der Bürgermeister, wird vor Gericht die Forderung durchgeboxt. Doch das kann dauern. „Wir blicken etwas sorgenvoll in die Zukunft, denn verwaltungstechnisch hängt Thüringen hinter Sachsen her“, meint der Bürgermeister. Einzelne Bereiche, wie beispielsweise die Handwerker, organisieren sich schon unter rot-weißer Flagge. Deshalb wollen die Zwangsthüringer mit ihrer Rückkehr nach Sachsen nicht mehr länger warten.

W. Pietsch



Einige Bürger von Engertsdorf sympathisieren auch mit Thüringen.



Still und friedlich fließt es dahin. Das kleine Fläßchen Wiers verleiht dem Ort Engertsdorf seinen besonderen Reiz. Vielleicht läßt sich hier mal Naherholung ansiedeln.



Hinter diesen verschlossenen Fensterläden tanzen jetzt nur noch die Mäuse.

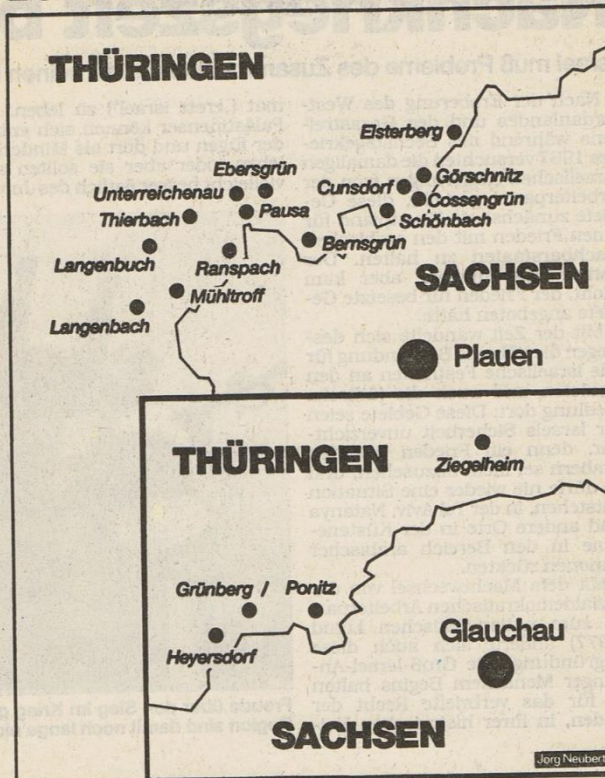
Den historischen Grenzverlauf markierten eifrige und rührige Bürger in den Farben weiß-grün und rot-weiß. Bürgermeister Kaspar hofft aber, daß Grenzen nicht trennen sondern verbinden.



Landwirtschaftlicher Geschößbau und Fachwerkhäuser lassen grüßen. Was für einen Baustil bringt die Zukunft?

Alte Schriftstücke und das Gutachten des Landesarchivs Dresden geben Bürgermeister Kaspar Recht zu seinen Bemühungen um sächsische Staatszugehörigkeit.

16 wollen sächsisch werden



Diese 16 auf der „fp“-Karte angegebenen thüringischen Orte wollen künftig - entsprechend dem Willen der Mehrzahl ihrer Bürger - zum Freistaat Sachsen gehören (siehe „fp“ vom 19. 2. 1991). Insgesamt 13 kämen dann zum Landkreis Plauen. Allein dessen Einwohnerzahl würde sich damit von jetzt rund 22.700 um etwa 17.600 auf dann mehr als 40.300 Einwohner erhöhen. Zu beachten ist: Bei den auf den Karten angegebenen 18 Gemeinden handelt es sich in zwei Fällen um Gemeinden mit Ortsteilen: Schönbach/Cunsdorf (Kreis Greiz) und Ponitz/Grünberg (Kreis Schmöckn).

Zur Information !

**Rat der Gemeinde
7401 Ziegelheim**

Ziegelheim, den 24.06.1991

Kreis Altenburg
Fernruf Amt Ehrenhain 265

An das
Thüringer Innenministerium
Schillerstrasse 27
0-5085 Erfurt

Ihr Zeichen:
2-200-312/91

Ihre Nachricht vom
27. Mai 1991

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Gemeinde Ziegelheim möchte Sie über den derzeitigen Stand in der Frage der Umgliederung unserer Gemeinde nach Sachsen in Kenntnis setzen.

Vorab möchten wir jedoch nochmals bekräftigen, daß die Gemeinde ihren gestellten Antrag aufrechterhält.

Folgende neue Situation zeigt sich derzeit:

Aufgrund des nach unserer Meinung sehr langwierigen Genehmigungsverfahrens von nunmehr (Antragstellung im Oktober 1990) 10 Monaten hat sich in der Bevölkerung das Meinungsbild zur Frage Verbleib in Thüringen positiv entwickelt.

Die doch sehr emotionale Abstimmung vieler Bürger zur Zugehörigkeit des Landkreises Altenburg zu Sachsen o. Thüringen (in Ziegelheim Ergebnis Juli 90: 86,6% für Sachsen) hat einer doch mehr und mehr neuen bürgerbequemen Meinungsbildung Platz gemacht.

Die in der Anlage ersichtliche Unterschriftensammlung, aus den einzelnen Ortsteilen zusammengetragen, läßt keinen Zweifel darüber, daß die Bevölkerung hinsichtlich der Zugehörigkeit, speziell ihrer Gemeinde, eine neue Bürgerbefragung fordert. Laut Kommunalverfassung § 18 kann diesem Bürgerbegehren zur Herbeiführung eines Bürgerentscheides stattgegeben werden.

Die Gemeindevertretung wird sich am Montag, dem 01.07.1991, noch-

- 2 -

.-Luth. Kirchenvorstand
Ziegelheim

PA: Kirchstr. 1
0-9611 Niederwiera

21. 6. 1991

An die
Lehrer und Erzieher der Schule in Ziegelheim,
den verantwortlichen Schulleiter der o.g. Schule,
den Gemeindevorsteher der Gemeinde Ziegelheim,
den Bürgermeister und die Abgeordneten des Gemeinderates

Erklärung zum offenen Brief der Lehrer und Erzieher der Schule
in Ziegelheim

Der Kirchenvorstand von Ziegelheim wurde in seiner Sitzung am 20. 6. 1991 mit dem Inhalt des o.g. Briefes befaßt. Mit äußerstem Befremden nahm der Kirchenvorstand Kernaussagen des Briefes zur Kenntnis und ersuchte seinen Vorsitzenden um eine Klärung.

Der Kirchenvorstand geht davon aus, daß besonders die Lehrer der Wahrhaftigkeit verpflichtet sein sollten und falsche, nur als polemisch zu verstehende Aussagen dem Berufsbild eines Lehrers nicht zuträglich sind.

In diesem Brief wird behauptet, daß in der Schule Oberwiera nur ab Klasse 5 unterrichtet wird. Das ist unwahr. In der Schule Oberwiera werden nachweislich auch die Klassen 1 bis 4 unterrichtet. Die angesprochene Schule in Schönberg ist erst nach der Wende wieder in Betrieb genommen worden, um den Kindern von Schönberg den Weg nach Oberwiera zu ersparen. Zuvor wurde diese Schule von der damaligen Pionierorganisation genutzt. Die Schule in Schönberg ist also ein Produkt der Dezentralisierung und für den Einzugsbereich Schönberg ausgelegt.

In dem Brief der Lehrer und Erzieher wird der Eindruck erweckt, als müßten Eltern ihre Kinder im Falle einer Zugehörigkeit zum Freistaat Sachsen künftig in Schönberg einschulen.

Dem Kirchenvorstand wurde berichtet, daß aufgrund dieser Aussagen Unterschriften für einen neuen Gemeindevolksentscheid eingeholt wurden.

Der geforderten Wiederholung eines Gemeindevolksentscheides ist grundsätzlich nichts entgegenzusetzen, jedoch sollte eine solche Forderung nicht mit unwahren Argumenten und panikverbreitender Polemik unterlegt werden und damit Eltern zu einer Unterstützung des Anliegens der Lehrer genötigt werden.

Der Kirchenvorstand erinnert den Gemeinderat an den gefaßten Beschluß dem Freistaat Sachsen beizutreten, der von demokratisch gewählten Abgeordneten aufgrund einer Willensäußerung der Einwohner Ziegelheims erhoben wurde. Die Aufhebung eines solchen Beschlusses ist durchaus denkbar, aber nicht durch Verbreitung von Unrichtigkeiten und der damit verbundenen Argumentation.

Der Kirchenvorstand erwartet eine öffentliche Berichtigung des offenen Briefes durch die Unterzeichner, sowie eine Stellungnahme des Schulleiters und des Gemeinderates.



Dutschmann, Pfr.
Dutschmann, Pfr.
Vorsitzender des Kirchenvorstandes

O F F E N E R B R I E F

////////////////////

Ziegelheim, den 10.6.91

Werter Herr Bürgermeister,

werte Damen und Herren des Gemeinderates,

uns alle hat die undemokratische Entscheidung des Altenburger Landrates im vergangenen Jahr zur Eingliederung des Kreises Altenburg ins Land Thüringen sehr verärgert. Auch viele Ziegelheimer Bürger stimmten dafür, daß der Kreis Altenburg Sachsen angeschlossen wird. Daß aber nun das Dorf Ziegelheim allein aus dem Land Thüringen und damit aus dem Kreis Altenburg ausgegliedert werden soll, halten wir für sehr unangebracht. Abgesehen von Zeitaufwand und Kosten, die allen Ziegelheimern durch die nachfolgenden Behördengänge auferlegt würden, träte es unsere Schulkinder besonders hart.

Es ist amtlich: Die Grundschule Ziegelheim wird für die nächsten 2 Jahre vom Kultusministerium Thüringen bestätigt. Wird das aber auch das sächsische Kultusministerium tun? Die nächste Grundschule Sachsens befindet sich in Schönberg bei Meerane. In Oberwiera wird nur noch ab Kl.5 unterrichtet.

Desweiteren legt das Schulamt Altenburg künftig die Einzugsbereiche seiner Schulen selbst fest, das sächsische Ziegelheim bliebe dabei logischerweise unberücksichtigt. Das würde bedeuten, daß die Ziegelheimer Schüler weder die Regelschule in Ehrenhain noch die Gymnasien in Altenburg besuchen könnten.

Das sind Probleme, die Sie, werte Damen und Herren, bei Ihrer Entscheidung bezüglich der Landeszugehörigkeit Ziegelheims unbedingt beachten sollten.

Wir erlauben uns, diesen Brief allen Bürgern Ziegelheims bekanntzumachen und erwarten, daß Sie eine Bürgerbefragung zur Landeszugehörigkeit der Gemeinde Ziegelheim durchführen.

Mit freundlichen Grüßen!

Margit Thum, Christine Hora, Ursula Pfefferkorn
Gisela Lünigwitz, Daniel Winkler, Staff, Gabee

Liebe Ziegelheimer Bürger !

In einem offenen Brief informierten wir Sie über Probleme, die die Zugehörigkeit Ziegelheims zu Sachsen mit sich bringen könnte.

Neben den veränderten Behördenstellen, die uns alle betreffen würden, ging es uns als Lehrer und Erzieher vor allem auch um den Erhalt unserer Schule in Ziegelheim, da sonst neue offene Fragen in unsere recht unruhige Zeit gebracht würden.

Es wäre z.B. nicht entschieden :

- Wohin gehen unsere Jüngsten in die Schule?
- Wo würden die größeren Schulkinder die fortführenden Schulen besuchen?
- Wie gelangen die Kinder an diese Schulen?

Im November und Februar verfaßten Eltern und Lehrer Briefe, die sie an das Schulamt Altenburg und an das Kultusministerium Erfurt schickten. In ihnen äußerten Sie den Wunsch, daß Ziegelheim eine eigenständige Grundschule haben möchte. Außerdem wurde im April dem Herrn Landrat Gumprecht dieses Problem vorgetragen.

Thüringen hat die Schule Ziegelheim zunächst für 2 Jahre als Grundschule bestätigt. Würde auch das Land Sachsen seine Zustimmung für die Eigenständigkeit der Grundschule geben? Diese Frage ist ungeklärt und es bleiben uns nur noch 3 Wochen Schulzeit.

Die Behauptung, daß in Oberwiera nur ab Klasse 5 unterrichtet wird, nehmen wir zurück.
Es war ein Mißverständnis, und wir bedauern es.

Wir bitten Sie, liebe Ziegelheimer, uns diese Äußerung zu verzeihen.

Es geht uns nicht darum, Panik zu verbreiten oder Unwahrheiten in die Welt zu setzen. Wir wollten auf dieses Problem aufmerksam machen.

Die Ziegelheimer Lehrer und Erzieher



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN

Sächsisches Staatsministerium des Innern · Archivstraße 1 · O-8060 Dresden



Gemeindeverwaltung
Ziegelheim

O - 7401 Ziegelheim

Dresden, den 11. Juli 1991
926
Durchwahl (00 51) 59 82 Dr. v. d. Brelie
Bearbeiter: Ref. 21
Aktenzeichen:
(Bitte bei Antwort angeben)

GEBIETSWECHSEL NACH DEM LÄNDEREINFÜHRUNGSGESETZ

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Thüringer Innenministerium hat uns mitgeteilt, daß ihm Informationen vorliegen, wonach Ihre Gemeinde ihren Antrag auf Gebietswechsel zu Sachsen nicht mehr aufrechterhält. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie uns mitteilen könnten, ob dies zutrifft und ob Ihre Gemeindevertretung bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat.

Aufgrund gegebenen Anlasses erlauben wir uns bei dieser Gelegenheit noch folgenden Hinweis: In letzter Zeit ist verschiedentlich die Behauptung aufgestellt worden, das Ergebnis einer Bürgerbefragung sei nur dann taugliche Grundlage für den Wechsel zu einem anderen Bundesland, wenn ihr die Frage nach der Landeszugehörigkeit der betreffenden Gemeinde zugrundegelegt habe. Hingegen soll eine Bürgerbefragung dann nicht zum Gebietswechsel berechtigen, wenn in ihr nach der Landeszugehörigkeit des gesamten Landkreises gefragt worden war.

Diese Auffassung zu widerlegen, fällt nicht schwer: Wenn die Bürger einer Gemeinde damit einverstanden sind, daß ihr gesamter Landkreis in ein anderes Bundesland wechselt, so bedeutet dies selbstverständlich, daß sie damit auch die Zustimmung zum Wechsel ihrer Gemeinde geben. Das Größere beinhaltet nun einmal auch das Kleinere. Unserer Auffassung wird auch von den meisten anderen Bundesländern geteilt. So haben beispielsweise bei den Gemeinden, die in absehbarer Zeit von Brandenburg zu Sachsen wechseln werden, ebenfalls nur Bürgerbefragungen stattgefunden, in denen nach der Landeszugehörigkeit des gesamten Landkreises gefragt worden war. Der Wirksamkeit dieser Befragungen tut dies auch nach brandenburgischer Auffassung keinen Abbruch.

Postanschrift Archivstraße 1
O - 8060 Dresden

F m sprecher (00 51) 59 82-0

Telex 21 61

Telefax (00 51) 5 17 32

Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir uns zu diesem Schreiben
veranlaßt gesehen haben. Die Verhandlungen über den Gebiets-
wechsel und den abzuschließenden Staatsvertrag treten aber
nunmehr in ihre entscheidende Phase. Es ist sicherlich im
Interesse aller Beteiligten, wenn hierbei alle Gemeinden berück-
sichtigt werden, die tatsächlich zu Sachsen wechseln möchten und
wenn diesen alle für ihre Entscheidungen erforderlichen Infor-
mationen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr.  von der Brelie



An den
Bürgermeister der
Gemeinde Ziegelheim
Herrn Kasper
über
das Landratsamt
Altenburg
Clara-Zetkin-Str. 9
O-7400 Altenburg

Ihre Zeichen	Unser Zeichen	Telefon	Zimmer	Erfurt
Ihre Nachricht		398-		
24.06.1991	2-200-319/91	2238	102 A	08.07.1991

Umgliederung der Gemeinde Ziegelheim nach Sachsen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kasper,
sehr geehrter Herr Landrat Gumprecht,

zu dem aktuellen Stand der Umgliederungsmaßnahmen von Gemeinden
von Thüringen nach Sachsen ist hinsichtlich der Gemeinde Zie-
gelheim folgendes festzustellen:

Gemäß § 2 Abs. 3 des Ländereinführungsgesetzes vom 22.07.1990
haben Gemeinden oder Städte nach der Länderbildung einen An-
spruch auf Rückkehr in das Land, dem sie am 23. Juli 1952 ange-
hörten.

Voraussetzung für die Umgliederung ist jedoch, daß eine Bür-
gerbefragung hinsichtlich des Wechsels der Gemeinde, und eine
Bestätigung des Ergebnisses der Bürgerbefragung durch die Volks-
vertretung erfolgt.

Die Gemeinde Ziegelheim war am 23. Juli 1952 sächsisch, so daß sie einen Umgliederungsanspruch hat.

Das Thüringer Innenministerium wird jedoch in den Fällen der Umgliederung nicht von sich aus tätig. Die einzelne Gemeinde muß nach Durchführung der Bürgerbefragung und deren Bestätigung durch die Volksvertretung stellen.

Ein derartiger Antrag liegt seitens der Gemeinde Ziegelheim vor.

Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 3 LEG sind jedoch derzeit nicht erfüllt.

Bei der Bürgerbefragung am 14.07.1990 sollten die Bürger über einen Wechsel des Landkreises Altenburg nach Sachsen entscheiden.

Einem Landkreis steht jedoch nach dem Ländereinführungsgesetz k e i n Umgliederungsanspruch zu. Bei der Bürgerbefragung vom 14.07.1990 wurde somit eine unzulässige und für das Umgliederungsverfahren gemäß § 2 Abs. 3 LEG damit irrelevante Frage gestellt.

Der Beschluß des Gemeinderates vom 25.07.1990, der das Ergebnis der Bürgerbefragung bestätigte, erfüllt ebenfalls n i c h t die Voraussetzungen des § 2 Abs. 3 LEG.

Dem Umgliederungsersuchen der Gemeinde Ziegelheim kann deshalb derzeit nicht entsprochen werden.

Die Gemeinde hat somit zwei Möglichkeiten:

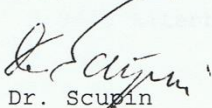
Entweder zieht der Gemeinderat seinen Antrag auf Umgliederung zurück, was zur Folge hat, daß Ziegelheim in Thüringen verbleibt. Mit einer solchen Verfahrensweise wäre das Thüringer Innenministerium einverstanden.

Die Gemeinde kann aber auch eine neue Bürgerbefragung durchführen, wobei nicht auf § 18 der Kommunalverfassung zurückgegriffen werden kann, sondern § 2 Abs. 3 LEG unmittelbar Anwendung findet.

Über die Entscheidung der Gemeinderates bitte ich mir zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

I.A.


Dr. Scupin

Sachsen/Thüringen oder Altenburg/Zwickau?

Die Gemeinde Ziegelheim vor einer erneuten Bürgerbefragung

Was der Kreis Altenburg für Thüringen ist, ist die Gemeinde Ziegelheim für den Kreis Altenburg - äußerste Randlage; und wenn sich schon die Altenburger nicht so recht als Thüringer fühlen wollen, so fällt es den Ziegelheimern um so schwerer. Sie

kommen nach wie vor aus Thüringen. Doch gleichzeitig zu den Bestrebungen der Gemeindevertretung Ziegelheim bildete sich eine Bürgerinitiative heraus, die ihren Ausgang vor allem in den einst vereinnahmten Ortsteilen

des Kreises Altenburg zugeordnet (die Ortsteile von Engertsdorf waren das schon immer). Damit ist der in der Infrastruktur profilierte Standort für Behörden, Sozialeinrichtungen, öffentliche Dienste wie Gericht, Banken, Liegenschaftsdienst, Polizei, Krankenhaus, Poliklinik, Krankenkassen, Finanzamt, Arbeitsamt, Berufsberatung, Bildungswesen usw. Altenburg.

Am Donnerstag vergangener Woche (11.07.) hatte der Gemeinderat vier Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen, um mit ihnen über ihren Antrag zu beraten. Doch die vier geladenen Gäste hatten sich Unterstützung mitgebracht, so daß neben den Vertretern des Gemeinderates ca. 15 Vertreter der Bürgerbewegung in dem vom Tage aufgeheizten Raum zusammenkamen. Bei der letzten Sitzung des Gemeinderates am 1. Juli hatte der Gemeinderat noch eindeutig beschlossen, keinen Bürgerentscheid durchzuführen. Der Bürgermeister wollte sich noch einmal rechtskundig machen.

Um es vorweg zu nehmen: Trotz der Hitze behielten alle einen kühlen Kopf. Wenn auch mitunter recht heiß debattiert wurde, und die einzelnen Diskussionsredner nicht immer sicher waren, ob sie in der Anrede ihres Gegenüber nicht lieber von der gewohnten Form des Vornamens zum Sie des Nachnamens wechseln sollten, blieb die Diskussion immer fair und so, wie man sich Auseinandersetzungen wünscht.

Das hatte seinen Grund auch darin, daß Bürgermeister Kasper gleich zu Anfang feststellte, daß der Antrag auf eine Bürgerbefragung rechtens sei und man nun eigentlich darüber beraten wolle, wie diese

handlungsunfähig.

Streitpunkte gab es aber noch zur Genüge: Ist es notwendig, daß der Abstimmung noch eine Entscheidung, ob überhaupt abgestimmt werden soll, vorgeschaltet wird, also quasi zwei Wahlgänge von Nöten sein werden? Denn weit mehr als die laut Kommunalverfassung für die Durchführung einer Bürgerbefragung nötigen 10 Prozent sind vorhanden. Das klärte der Bürgermeister am darauffolgenden Montag: Es wird nur einen Wahlgang geben, d.h., die Bürgerbefragung findet statt und ist dann für die Gemeindevertretung verbindlich - so legt es das Ländereinführungsgesetz vom August 90 verbindlich fest. Strittigstenfalls, wie die Formulierung der Alternativen aussehen soll: Die Gemeindevertretung, die sich mit einer Gegenstimme geschlossen für die Zugehörigkeit zu Sachsen einsetzt, besteht auf einer Abstimmung: Sachsen oder Thüringen.

Die Vertreter der Bürgerinitiative halten das für zu unkonkret und an den Tatsachen vorbei formuliert, denn ihnen geht es nicht, wie schon gesagt, um Sachsen oder Thüringen. Sie wollen Altenburg oder Glauchau abstimmen. Das wird um so brisanter, als die Vorschläge für die Kreisreform in Sachsen vorsehen, daß Glauchau als Kreisstadt nicht weiter bestehen wird. Kreisstadt würde nach diesen Vorschlägen dann Zwickau. Für einen „Behördengang“ eines Ziegelheimers wären das dann wirklich „sibirische“ Strecken, die zurückgelegt werden müßten.

Auch wenn eine „Altenburger“ Zeitung in dieser Frage von vorn herein nicht ganz unparteiisch ist, so taten die Anhänger der „Sachsenvariante“ relativ wenig dafür, einen „Außenstehenden“ für ihre Entscheidung zu überzeugen. Denn selbst auf Anfrage einer Bürgerin mußte man eingestehen, daß hier noch keine Konzepte für einen Anschluß an Sachsen existieren. Und da bis heute noch nicht absehbar ist, ob Sachsen oder Thüringen das „bessere Bundesland“ ist - auch wenn Sachsen zur Zeit die niedrigste Arbeitslosenquote hat - bleibt außer dem völlig berechtigten Verweis auf die sächsische Tradition der Gemeinde vorerst wenig prakti-

sche Argumente auf sächsischer Seite.

Wäre Altenburg sächsisch geworden (das Ländereinführungsgesetz kam dafür einen Monat zu spät!), wäre wohl in Ziegelheim niemand auf die Idee gekommen, die Kreisstadt zu



Diskussion im Gemeinderat: Sachsen oder Thüringen - Altenburg oder?

gehört schon immer zu Sachsen, auch zu jener Zeit, als Altenburg zu Thüringen gehörte. Bei der Bürgerbefragung vor einem Jahr votierten die Ziegelheimer mit 86 Prozent für Sachsen - ein eindeutiges Votum. Daß es überhaupt 14 Prozent Stimmen für Thüringen gab, liegt vermutlich darin begründet, daß im Jahre 1976 die Gemeinde Engertsdorf - die sich wiederum Thüringen verpflichtet fühlt - entgegen dem Willen der meisten ihrer Einwohner „eingemeindet“ wurde.

Als im Oktober 90 die Landtagswahlen von Thüringen stattfanden, blieb die Wahlbeteiligung im ganzen Kreis Altenburg verhältnismäßig gering. Doch Ziegelheim hielt den absoluten Minusrekord mit sage und schreibe 34,76 Prozent. Das war als Ohrfeige der „Kreistagsentscheidung für Thüringen“ gedacht, die wohl bis Erfurt hörbar war.

Dieser demonstrativen Geste war bereits im September 1990 der Antrag der Gemeindevertretung von Ziegelheim vorausgegangen, vom Bundesland Thüringen ins Bundesland Sachsen wechseln zu dürfen. Wie Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper sagte, hoffte die Gemeindeverwaltung, daß die Umgliederung zügig vorangehe, und bis zum 2.12. 90 abgeschlossen werden könne.

Doch es dauerte weitaus länger als erwartet, bis eine Antwort aus Erfurt eintraf; doch diese war dann zustimmend. Man werde sich auf der Ebene der Innenminister beider Länder darüber einigen. Denn mit Ziegelheim wollten weitere 14 Gemeinden von Thüringen nach Sachsen; den Antrag, von Sachsen nach Thüringen zu kommen, hatte eine Gemeinde gestellt.

Solange noch keine Entscheidung herbeigeführt werden konnte, wird Ziegelheim und seine Ortsteile weiter vom Landratsamt Altenburg betreut, das heißt, die Gelder (z.B. für den Straßenbau)

- speziell in Engertsdorf - hatte: Dort sammelte man Unterschriften, da die Entscheidung des Gemeinderates nicht mit dem Wunsch der Mehrzahl der Einwohner übereinstimme. Mitte Oktober 90 unterrichtete man Landrat Christian Gumprecht von dieser Aktion, der im November mitteilte, daß er diese Angelegenheit beim Ministerpräsidenten vortragen werde; für den Fall eines Wechsels der Gemeinde Ziegelheim zu Sachsen sicherte er eine differenzierte Befragung der Ortsteile zu.

Am 18. Juni 91 nun forderte die Bürgerinitiative, daß ein „Bürgerentscheid über die Zuordnung der Gemeinde Ziegelheim zur Kreisstadt Altenburg oder Glauchau“ erfolgen solle.

„Es geht nicht darum“ heißt es in dem Bürgerantrag „ob eine



Alte Karte: Ziegelheim lag in Sachsen

Zuordnung der zwangsweise zusammengelegten Gemeinde Ziegelheim mit ihren teilweisen thüringischen Ortsteilen zu Thüringen oder Sachsen erfolgt. Es geht uns um die Zuordnung zur Kreisstadt Altenburg.“

In der Begründung des Bürgerantrags ist weiter zu lesen: „Die Gemeinde Ziegelheim ist seit einer Generation dem Land-

Wahl rechtlich korrekt und möglichst bald durchgeführt werden könne.

Den Antrag der Gemeindeverwaltung auf Zugehörigkeit zu Sachsen bezeichnete man als 2. Schritt; „jetzt muß der 1. Schritt nachgeholt werden“ - so der Bürgermeister. Bis zum Abschluß der Befragung ist in diesem Punkt die Gemeindever-



Die Kirche von Ziegelheim

wechseln. Oder? Die Altenburg-Befürworter fragen sich ganz nüchtern: Was gewinnen wir, wenn wir unsere Anlaufstellen von Altenburg nach Glauchau oder gar Zwickau verlegen?

Eine „Abstimmung mit den Füßen“ hat es schon in der Grundschule von Ziegelheim gegeben: Von den 68 Schülern entschieden sich 67 für ihren bisherigen Schulweg ins „thüringische“ Ehrenhain zur Regelschule (ab 5. Klasse).

Ein ähnliches Abstimmungsverhältnis ist von den Handwerkern zu erwarten, die aufgrund ihrer bisherigen Innungszugehörigkeit nach Altenburg/Schmölln orientiert sind.

Ist das auch für die anderen Bewohner symptomatisch? Die voraussichtlich Anfang September stattfindende Befragung wird's an Licht bringen.

Ingo Schulze



Bleibt es dabei: Ziegelheim, Kreis Altenburg? Fotos: I.S.



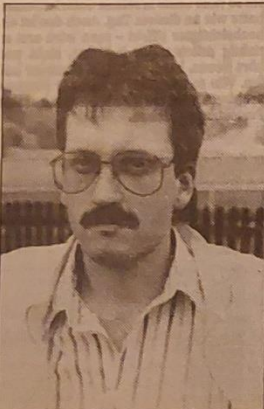
Unterwegs in den Amtsstuben der Bürgermeister im Landkreis Altenburg/Heute: Ziegelheim

Erhalten, was gewachsen ist, Neues fördern

19.9.1991

Ziegelheim, eine Gemeinde mit 1114 Einwohnern, im südöstlichen Zipfel des Kreises Altenburg gelegen, machte in den zurückliegenden Monaten von sich reden. Als 1990 der Kreistag beschloß, daß Altenburg sich zu Thüringen bekenne, waren die Ziegelheimer munter geworden, hatten doch bei der vorausgehenden Befragung der Kreisbevölkerung 86,6 Prozent der Ziegelheimer für Sachsen gestimmt. Der Stimmung der dörflichen Mehrheit entsprechend, reichte das Gemeindeparlament den Antrag ein, dem Freistaat Sachsen angehören zu wollen.

Ziegelheim besteht aus vier Ortsteilen, neben dem „Namensgeber“ sind das Engertsdorf, Niederarnsdorf und Gähnsnitz. In einer alten Niederschrift heißt es: „Ziegelheim liegt ...eindreiviertel Stunden nördlich von Waldenburg, zweieinhalb Stunden südlich von Altenburg, zweieinviertel Stunden von Penig, sechseinhalb St. von Zwickau, an einem Nebenwege von Waldenburg nach Altenburg, in einer sehr fruchtbaren, auch angenehmen und sehr hügeligen Gegend, längs einem Bache, der über Gähnsnitz entspringt, meist nordwärts fließt, und nach eineinviertel Stunden langem Laufe bei Wiesenbach das linke Ufer der Wiehra erreicht, die auch die hiesige Flur von der Frohnsdorfer trennt.“



Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper

Ein Theil des Ortes, nebst der großen, schön gebauten, hoch gethürmten, weit und breit sichtbaren und die Gegend zierenden Kirche, zieht sich vom linken Ufer die Höhe hinaus und ist, gegen die hiesige Landesart, wie eine Stadt in Gassen gebaut...

Die Chronik beschreibt weiter, daß Ziegelheim in der Vergangenheit mehrmals von diversen Besitzern verpfändet oder, wie es Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper drastisch ausdrückt, am Würfelisch verspielt wurde.

Wie auch immer, die wechselvolle Geschichte des kleinen Ortes weist bis ins 15. Jahrhundert auf die Zugehörigkeit zum Sächsischen hin. Am 23. Juli 1952 gehörte Ziegelheim zum Landkreis Glauchau. Und der 23. Juli 1952 ist der Stichtag, den das Länderübergangsgesetz als Grundlage für Länderzugehörigkeitsanträge bestimmt. Ziegelheim hätte also Chancen, den Antrag bestätigt zu bekommen.

Doch wollen das die Einwohner heute überhaupt noch? Der Bürgermeister



FACHWERKHÄUSER wie dieses zieren die kleine thüringische Gemeinde Ziegelheim, der gesamte Ortskern steht unter Denkmalschutz. LVZ-Fotos: Erwin Hischke

drückt sich dazu zurückhaltend aus: „Nach der emotionalen Entscheidung im vorigen Jahr hat sich das Meinungsbild jetzt insgesamt geändert, die Strukturen sind wieder mehr zu Altenburg gewachsen; man wollte eigentlich auch nicht von Altenburg weg, sondern mit Altenburg zu Sachsen...“

Die von der Gemeindevertretung beschlossene Bürgerbefragung in Ziegelheim am 29. September wird es an den Tag bringen. Fällt die Entscheidung für Sachsen, wird der bereits gestellte Antrag bekräftigt, fällt sie für Thüringen, wird er zurückgezogen.

Natürlich haben die Ziegelheimer und ihre Gemeindevertretung noch eine Reihe anderer Sorgen als das Tauziehen zwischen Sachsen und Thüringen. Man bedenke, daß Ziegelheim sich seit eh und je von der Landwirtschaft ernährt hat, aber die ehemalige LPG und jetzige Agrargesellschaft nicht gerade in voller Blüte steht. Industrie und Gewerbe hat es nie in nennenswerter Größenordnung gegeben. Als bis jetzt nicht abwendbare Folge dieser Gegebenheiten breitet sich die Arbeitslosigkeit aus. Eine relativ große Gruppe der rund 860 Ziegelheimer WählerInnen ist zwischen 18 und 25 Jahre alt; die 25- bis 45jährigen sind nur schwach vertreten, während wiederum eine größere Zahl Frauen und Männer höheren Alters hier leben. Die Jungen, die bisher vorwiegend in der Landwirtschaft ihr täglich Brot verdienten, suchen sich andernorts Arbeit, das Wort „Pendler“ ist als neuer Begriff dafür bekannt.

Es macht sich also dringend notwendig, Gewerbe anzusiedeln, und da hat man auch schon etwas angekurbelt: Eine zusammenhängende, bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 20 ha, soll Investoren anlocken. Dabei versteht es sich beinahe von selbst, daß nur handwerkliches und produzierendes Gewerbe in Frage kommt, denn große

Industrie paßt nicht zu Ziegelheim mit seinen Fachwerkbauten (der gesamte Ortskern ist übrigens denkmalgeschützt) und zu seiner lieblichen Landschaft.

Auch die Wasserversorgung (nicht deren Quantität, sondern die Qualität) bereitet Sorgen. Eine Einbindung über Ehrenberg/Großstörnitz in die Gebietswasserversorgung wurde erwogen, dazu gibt es eine Studie, und für die Betreiber von Abwassergruben hat der Bauausschuß Fragebögen ausgegeben, hier will man sich eventuell (dazu ist noch nichts entschieden) in Langenleuba-Niederhain einbinden. Zweckverbände für die Wasserversorgung hält der Bürgermeister nicht nur für zweckmäßig, sondern für notwendig.

Doch nicht nur Arbeit, klares Wasser und andere Elementarbedingungen sind es, die die Einwohner bewegen, am Orte ihrer Geburt zu bleiben. Das gesamte kulturelle Umfeld gilt es wieder vollständig aufzubauen, in den zwischenmenschlichen Beziehungen ist leider viel verloren gegangen. Auch die Arbeit mit der Jugend erscheint dem Bürgermeister heute komplizierter; er weiß, wovon er spricht, denn der 27jährige (er ist übrigens seit 1989 Bürgermeister in Ziegelheim) hat vor der Wende einen ortsansässigen Jugendklub geleitet. Die Kommune unterstützt auch, trotz knapper Kasse, den Sportverein (die ehemalige BSG Traktor Ziegelheim, die vor der Wende von der LPG finanziell unterstützt wurde). Ziegelheim ist als Handballhochburg bekannt, doch im Sportverein wird auch Volleyball, Fußball und Schach gespielt sowie Gymnastik betrieben.

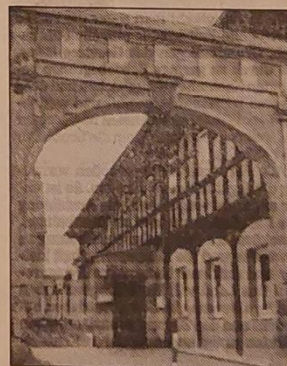
Alles, was in den Ortsteilen gewachsen ist, soll möglichst erhalten und gefördert werden, so zum Beispiel der Karnevalsverein, der 1990 zehnjähriges Jubiläum hatte, oder die Freiwilligen Feuerwehren in Engertsdorf und Ziegelheim, die sehr aktiv und auch

technisch gut ausgerüstet sind. Sicher erfreut haben die Ziegelheimer vermerkt, daß nun wieder eine Gaststätte (früher waren es einmal vier), nämlich der „Landgasthof Ziegelheim“ geöffnet hat.

Typisch für die kleine Gemeinde sind auch große landwirtschaftlich betriebene Güter (1945 gab es hier kaum Enteignungen), und über das Förderprogramm für Dorferneuerung sieht und nutzt man die Chance, sie zu erhalten.

Daß es in Ziegelheim eine Grundschule gibt (1. bis 4. Klasse, die anderen Kinder gehen in Ehrenhain zur Schule); daß in Gähnsitz eine neue Straße gebaut wurde; daß man in Engertsdorf und in Gähnsitz einkaufen kann; daß ein Zahnarzt und ein praktischer Arzt in Ziegelheim ansässig sind (früher in einer staatlichen Arztpraxis, heute im Verband der Thüringischen Kassenvereinigungen) – dies möge das Bild über die kleine (noch?) thüringische Gemeinde abrunden.

Regina Haake



DENKMALSCHUTZ: „Landgasthof Ziegelheim“

Ziegelheim – wo daheim?

Morgen ist Wahltag. Jedenfalls in der Gemeinde Ziegelheim mit den Ortsteilen Engertsdorf, Gähsnitz, Heiersdorf, Uhlmannsdorf und Niederarnsdorf. Die Ziegelheimer sollen nun endgültig darüber befinden, ob die Gemeinde im Lande Thüringen verbleibt oder ob sie lieber ins Sächsische hinüberwechseln wollen.

Vor einem Jahr noch wäre eine solche Entscheidung an allen zehn Fingern abzählbar gewesen. Bei der damaligen, im nachhinein als Bürgerbefragung statt Bürgerentscheid deklarierten Abstimmung über die Länderzugehörigkeit des Kreises Altenburg hatten sich 86 Prozent der wahlberechtigten Ziegelheimer für Sachsen entschieden. Der Ausgang der im Kreis knapp für Sachsen votierenden Befragung im Kreis ist uns allen gegenwärtig. In Ziegelheim indes löste der dem Bürgervotum entgegenstehende Kreistagsbeschuß für Thüringen nicht nur hitzige Debatten aus, sondern führte bei den Thüringer Landtagswahlen zur niedrigsten Wahlbeteiligung im Kreis.

Da am 14. Juli 1990 die Bürgerbefragung und wenige Tage später der Kreistag einzig über die Zugehörigkeit des Landkreises entschied, mußten die Ziegelheimer mit dem Kreis den Weg nach Thüringen antreten. Gleichzeitig aber stellte das Gemeindeparlament beim Thüringer Innenministerium den Antrag auf den Länderwechsel. Mit den Monaten, die der Umgliederungsanspruch im

Erfurter Ministerium zur Bearbeitung (vor)lag, wuchsen die Strukturen nach Altenburg (oder blieben erhalten) und in das Land Thüringen. Außerdem stellte sich heraus, daß nicht Glauchau bei einem eventuellen Wechsel – wie schon 1952 – Kreisstadt sein wird, sondern das weit entfernte Zwickau. Zu guter Letzt widersprach es dem Ländereinführungsgesetz, die Befragung über die Zugehörigkeit des Kreises als Grundlage für den Antrag zu nehmen. Dies hätte einer gesonderten Befragung bedurft. Als man das in der Gemeinde erfuhr, dachte man angesichts der fortgeschrittenen Zeit und vieler anderer Alltagsprobleme eher daran, den Antrag wieder zurückzuziehen. Knapp 400 der 830 wahlberechtigten Bürger plädierten hingegen für eine nochmalige Befragung, nicht zuletzt, um dem im Sommer 1990 angeknacksten Demokratieverständnis wieder etwas auf die Beine zu helfen.

Prognosen zur Wahl „freudigkeit“ oder „müdigkeit“ der Ziegelheimer fielen in den letzten Tagen ebenso unterschiedlich aus wie jene zum Wahlausgang. Abzulesen war zumindest, daß die Ziegelheimer sich in den einzelnen Abstimmungslökalen eher rational als emotional entscheiden wollen: Sachsen mit Zwickau oder Thüringen mit Altenburg?

Für ein Ziegelheim in Sachsen mit Altenburg ist es indes wohl zu spät.

Uwe Winkler

28.9.91

LVZ DIENSTAG, 1. OKTOBER 1991

Ziegelheim ist nun in Thüringen daheim

ZIEGELHEIM. Die Gemeinde Ziegelheim verbleibt im Land Thüringen. In einer Bürgerbefragung am gestrigen Sonntag (LVZ berichtete bereits gestern auf Seite 2) entschieden sich 448 der 835 wahlberechtigten Bürger für den Verbleib in Thüringen, während nur 248 für einen Wechsel nach Sachsen votierten. Mit 64,37 zu 35,63 Prozent fiel damit die Entscheidung recht deutlich aus. Unerwartet hoch wurde mit 83,6 Prozent die Wahlbeteiligung registriert. Bei den Landtagswahlen im Vorjahr waren lediglich rund 34 Prozent der Wahlberechtigten aus Protest gegen den Beschluß des Kreistages, entgegen der zugunsten Sachsen ausgefallenen Bürgerbefragung ins Thüringische zu wechseln, an die Urne getreten. „Die hohe Teilnahme an der Befragung zeige, wie wichtig den Ziegelheimern diese Entscheidung trotz vieler anderer Alltagsprobleme war“, kommentierte Bürgermeister Hans-Jürgen Kasper.

Zur Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Bürgerbefragung trat gestern Abend das Gemeindeparlament zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.



KURZ NACH 16 UHR STAND ES AM SONNTAG FEST: Die Gemeinde Ziegelheim bleibt im Thüringischen und dem Landkreis Altenburg erhalten. Dies erfreute auch Landrat Gumprecht, der sich während der Auszählung dezent von der Mehrzweckhalle in Ziegelheim fern hielt und erst nach Verkündung des Bürger „urteils“ eintraf. Die Ziegelheimer hatten sich vor der Befragung darauf geeinigt, nicht nach Ortsteilen die Stimmen auszuzählen, um den Bürgerfrieden zu sichern und die Gemeinde nicht zu stückeln.

Erstaunlich schnell wurde ein klein wenig Geld in Erfurt gefunden..

Am Mittwoch unternahmen die Parlamentarier des Kreises das, womit Altenburg ihnen in den letzten Monaten seitens verschiedener Landespolitiker reichlich bedacht wurde – eine Kreisreise. Galten die Besuche der Politiker aus der Landeszentrale ebendort den Neu-Thüringer Gebieten, machten sich die Abgeordneten des Kreistages nunmehr selbst auf und zwar nach Ziegelheim. Denn vor wenigen Tagen hatten diese bekanntlich ziemlich deutlich für den Verbleib in Thüringen und damit im Kreis Altenburg votiert. Und so dankte dann auch Landrat Christian Gumprecht den treuen Ziegelheimern und zollte jenen Bürgern seinen Respekt, die für Sachsen gestimmt hatten, sich aber dem demokratischen Willen der Mehrheit beugen.

Außer einem „Herzlich willkommen!“ hatte der Landrat auch noch eine freudige Kunde mitgebracht. Er habe sich gleich nach der Abstimmung nochmals bei der Regierung für die Ziegelheimer verwendet, habe, verriet er den anwesenden Bürgern, im Ergebnis dessen erhalten die „Rückkehrer“ eine Million Mark Baummittel in das Ziegelheimer Gemeindestückel. So schnell jedenfalls hat sich wahrscheinlich noch keine Wahl ausgezahlt.

Um Geld ging es an diesem Abend noch des öfteren. Das erste Mal, als der Kauf ei-

16. Sitzung des Kreistages hatte ein abendfüllendes Programm

Eine Million DM „Begrüßungsgeld“ für Ziegelheim

ner erweiterungsfähigen EDV-Anlage zur Diskussion stand. Derzeit sei es nicht möglich, mit dem vorhandenen Personalbestand verwaltungstechnisch effektiv zu arbeiten, begründete Dezernent Urban den Antrag. Außerdem sei es mit der derzeit vorhandenen Technik – einer EDV-Anlage aus der Partnerstadt Offenbach – nicht möglich, einer schnellen und modernen Organisationsform im Kreis Krankenhaus gerecht zu werden. Aus den vorhandenen Angeboten, so versprach Dezernent Urban, werde das modernste und zugleich kostengünstigste ausgewählt. Für die Entscheidungsfindung der Abgeordneten an diesem Abend war insbesondere die Rentabilität eines solchen Kaufes wichtig, da der Bau eines neuen Krankenhauses ja bereits angegangen wurde. Ehe dieser Bau aber steht, werden noch einige Jahre vergehen. Die Patienten bis dahin warten zu lassen, wäre verantwortungslos. Blieb noch die von einigen Abgeordneten geforderte Abstimmung mit dem Träger der Einrichtung. Um so mehr, da auf der Tagesordnung ebenfalls ein Antrag zur Bildung einer gemeinnützigen Krankenhausgesellschaft mbH stand. Für die Gründung einer solchen GmbH soll erst noch unter der Beteiligung des Kreiskrankenhauses und des Kinderhospitals – beide sollen in dieser GmbH integriert werden – sowie des Landratsamtes ein Gesellschaftsvertrag erarbeitet werden. Die Abgeordneten ließen sich letztlich in der Diskussion von der Notwendigkeit einer solchen Anlage im Patienteninteresse überzeugen und stimmten der Bereitstellung der benötigten Mittel in Höhe von etwa 500 000 DM zu.

Die gleiche Summe genehmigten die Abgeordneten für den Kauf des „Hauses der Gesundheit“, das als Hülfers-Klinik in der Schmüllschen Vorstadt bekannt ist. Dieses Haus möchte der Landkreis für die Johann-Ludwig-Krebs-Musikschule erwerben und rekonstruieren. Die Rekonstruktion wird übrigens mit ebenfalls 500 000 Mark vom Land Thüringen gefördert. Der Kauf dieses Hauses, über den bereits mit den Eigentümern Verhandlungen seitens des Kulturamtes geführt werden, macht sich nicht zuletzt wegen des hohen Zusage erforderlich, den die Musikschule Altenburg mit ihrer Zweigstelle in Meuschwitz derzeit erfährt.

Einem anderen Thema, wenn dieses auch wiederum mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln verbunden ist, galt die Vorlage zur „Vorläufigen Satzung über Schülerbeförderung“ im Landkreis Altenburg. Diese Satzung gibt Auskunft über Modalitäten der Kostenersatzung, zu Regelungen über Begleitpersonen, zu Vertragsfahrten der Kraftverkehr Altenburg AG sowie zu Eigenanteilsplätzen. Diesen Eigenanteil müssen einzig Gymnasialisten aufbringen, sofern sie natürlich den Schülerverkehr mitbenutzen. Einem Einwand aus dem Publikum zu diesem Punkt entgegnete Schulrat Rieger, daß es sich bei einem Besuch des Gymnasiums um eine Art privilegierten Schulbesuchs handle.

„Hier stehen formalen XX sah Umweltdezernent Schulz in der Abstimmung über die Aufhebung der Trinkwasserschutzzone um das Gebiet der Papierfabrik Fockendorf. Als Begründung für diesen Antrag wurde angeführt, daß das in den Brunnen der Papierfabrik anstehende Grundwasser milderer Qualität sei, die zudem starken Schwankungen unterliege. Während der Nutzung als Trinkwasser sei es außerdem wiederholt zu Beanstandungen gekommen. Da sich die Gemeinde Fockendorf wie auch die Papierfabrik inzwischen an die Trinkwasserversorgung durch die Wasser- und Abwasserbehandlung Leipzig GmbH umgestellt hätten, bestehe keine Notwendigkeit für den Bezug aus diesem Netz mehr. „Was würde aber geschehen, stimmten wir dem Antrag nicht zu?“, wollte ein Abgeordneter wissen. Einem nüchternen „Nicht“ folgte ein einschränkendes „Fast nichts“, das sich begründete in Eventualitäten, die beim Verkauf des Geländes im Einzugsbereich entstehen könnten. Stempelte das den Abstimmungsakt nicht zur demokratischen Formalie ab? (Vielleicht aber auch nicht..)

Viel Zeit beanspruchten an diesem Abend zwei Wahlhandlungen: Gewählt wurden zum einen Mitglieder der regionalen Planungsgemeinschaft Ostthürin-

Kirchgemeinde Ziegelheim:

Im Protokoll zur Kirchenvorstandssitzung vom 28.11.1991 heißt es unter Punkt 1: „Nach ausgiebiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, zunächst der sächsischen Landeskirche weiter anzugehören. Sollte die wirtschaftliche, kulturelle und bildungsmäßige Arbeit in Zukunft zu anderen Überlegungen zwingen, soll wieder neue beraten und abgestimmt werden. Die Zukunft des Altenburger Landes scheint ohnehin nicht im Lande Thüringen festgeschrieben zu sein.“

Im Protokoll zur Kirchenvorstandssitzung vom 19.11.1993 heißt es unter Punkt 4: „Im kommenden Jahr müßte über eine Verwaltungsgemeinschaft entschieden werden. Wenn Ziegelheim doch nach Thüringen wechselt, soll die Entscheidung gemeinsam gefällt werden. Kirchenvorsteher werden über den vorteilhaften Schritt nachdenken. Eine Gemeindeversammlung einzuberufen wurde angedacht.“ *(Hintergrundwissen: Zu dieser Zeit kooperieren die politischen Gemeinden Ziegelheim und Ehrenhain miteinander; über eine Fusion wird laut nachgedacht. Die Kirchgemeinde Ziegelheim verhandelt ebenfalls über eine „Verwaltungsgemeinschaft“. Mit Ehrenhain und Oberarnsdorf werden Gespräche geführt.)*

Die Kirchenvorstandssitzung vom 17.02.1994 ist eine gemeinsame Sitzung der Kirchenvorstände von Ehrenhain und Ziegelheim. Hauptthema ist die Zugehörigkeit Ziegelheims zu Sachsen oder Thüringen. Im Protokoll heißt es: „Pfarrer Brehm stellt die Lage aus Sicht der thüringischen Kirche dar. Ehrenhain bekommt 70 Punkte für die Anstellung eines Pfarrers. – 1.Möglichkeit: Auflösung ist vom Tisch. / 2.Möglichkeit: Eine Gemeinde dazu ziehen. / 3.Möglichkeit: Bleiben bei 70% für weitere Stellenbesetzung – ungünstig! – Pfarrer und Kirchenvorsteher stellen die Gemeinde vor und ersuchen den Kirchenvorstand Ziegelheim, zu prüfen, ob eine Anbindung an die Gemeinde Ehrenhain sinnvoll erscheint. Es folgt eine umfassende Diskussion über Für und Wider eines Wechsels der Kirchgemeinde von Sachsen nach Thüringen. Der kommende Aspekt spielt eine große Rolle. Sollte Ziegelheim mit Nobitz eine Verwaltungsgemeinschaft eingehen, könnte es für einen Wechsel sprechen; eine Angliederung an Niederhain würde neuen Zündstoff entfalten können. Der Ziegelheimer Kirchenvorstand will nun noch das Gespräch mit dem Bezirkskirchenvorstand Glauchau abwarten. Die Schulanbindung der Zukunft erscheint allen Beteiligten wichtig! Letztlich liegt die Entscheidung beim Kirchenvorstand Ziegelheim. Eine Meinungsäußerung der Kirchgemeindeglieder soll ins Auge gefasst werden.“

Im Protokoll zur Kirchenvorstandssitzung vom 26.08.1994 heißt es unter Punkt 1: „Information über Bauanzeige – Antwort des Bezirkskirchenamtes (Chemnitz): Bis zur endgültigen Entscheidung, ob die Kirchgemeinde nach Thüringen geht, bleibt die Bearbeitung liegen. ..“ Im September kommt es zu einer Visitation durch den Superintendenten und einer Kirchenbesichtigung mit dem MDR-Fernsehen. Es stehen dringende Erhaltungsarbeiten am Kirchgebäude an..

Im Protokoll zur Kirchenvorstandssitzung vom 17.10.1994 heißt es unter Punkt 2: „Der Kirchenvorstand beschloß bei einer Stimmenthaltung bei der Landeskirche Sachsen zu bleiben. – Das in Chemnitz vorliegende Projekt der Kirchenrestaurierung soll wieder aktiviert werden. Bauleitung soll Dr.Salomon (übertragen werden..).“

Größe und Anzahl der Pfarrstellen in der evangelisch-lutherischen Kirche derzeit auf dem Prüfstand

24.10.94

Ziegelheimer überdenken Wechsel nach Thüringen

Superintendentur Meuselwitz wird als erste in ganz Thüringen aufgelöst/Alle Kirchgemeinden entschieden sich für Altenburg

Altenburg/Meuselwitz (OVZ). Auch wenn das Sprichwort von der „armen Kirchenmaus“ sicher nicht zutrifft – die evangelisch-lutherische Kirche im Altenburger Land muß sparen. „Finanzprobleme zwingen uns, über die derzeitigen Strukturen nachzudenken und sämtliche Pfarrstellen auf den Prüfstand zu stellen“, so Superintendent Hans Werner Modersohn im Gespräch mit unserer Zeitung. „Welche Pfarrstellen können wir uns leisten, welche sind unverzichtbar“, lauten die Fragen, die sich vor allem seit Jahren nicht besetzte Pfarrstellen gefallen lassen müssen. Derzeit gibt es im Bereich der Superintendentur 15 Pfarrstellen, nach den Vorstellungen der Landeskirche wären 13 angebracht. In der Regel soll ein Pfarrer 1200 Gemeindeglieder betreuen. „Diese Zahl erreichen wir vor allem in ländlichen Gebieten kaum.“ Da der Kraftaufwand für die Seelsorge auf den verstreut liegenden Dörfern sehr hoch ist, will sich die Altenburger Superintendentur für die Beibehaltung der 15 Pfarrstellen einsetzen. Eine Entscheidung, ob diese Ausnahme von der Regel in der – so Modersohn – entkirchlichten Ecke Thüringens erlaubt wird, trifft die Synode. Vor Ort ist man derzeit gleichwohl bemüht, Strukturen zu straffen. Und

macht dabei auch an Landesgrenzen nicht halt. So wurde bei der seit jeher zu Sachsen gehörenden Ziegelheimer Kirchgemeinde angefragt, ob sie sich einen Wechsel nach Thüringen vorstellen könne. „Während die Älteren lieber in Sachsen bleiben möchten, sind die Jüngeren doch der Meinung, daß man den Realitäten ins Auge sehen muß“, gibt Superintendent Modersohn die Stimmung wieder. Falls sich die Mehrheit für einen Übertritt nach Thüringen entscheidet, käme die Kirchgemeinde zu Ehrenhain.

Auf die demokratische Mitbestimmung der Christen vor Ort legt Superintendent Modersohn großen Wert. „Es wird nichts über die Köpfe der Kirchgemeinden hinweg entschieden. Wir wollen es sorgfältiger angehen und uns mehr Zeit lassen, als dies bei der politischen Ge-

bietsreform der Fall war“, so Modersohn. Andere Grenzfälle wie das zu Sachsen gehörende Bocka oder das zu Thüringen gehörende Thräna sollten ebenfalls überdacht werden. Als die dortigen Kirchgemeinden eine ablehnende Haltung signalisierten, habe die

Superintendentur nicht weiter auf Veränderungen gedrängt. „Im übrigen hat die Kirche oft schlechte Erfahrungen gemacht, wenn sie sich an politischen Grenzen orientierte. Die haben sich in der Vergangenheit oft geändert“, so Modersohn gelassen.

Neben den Kirchgemeinden wurden auch die Superintendenturen auf eine „überlebensfähige Größe“ hin abgeklopft. „Die Meuselwitzer ist die erste in ganz Thüringen, die dabei vakant wurde.“ Daß der Meuselwitzer Superintendent

Hans-Jürgen Schenk dieses Jahr in den Ruhestand ging, gab letztlich für das Ende einer jahrzehntelangen Tradition den Ausschlag.

Ursprünglich sollte die seit 1919 bestehende Superintendentur bereits zum 1. Oktober aufgelöst werden. Doch nunmehr will man die Umstrukturierung nicht überstürzen und sich lieber bis nächstes Jahr dafür Zeit lassen. In Befragungen entschieden sich bereits alle 16 zur Superintendentur gehörenden Kirchgemeinden für einen Anschluß nach Altenburg. Auch Mehna und Lumpzig, die sich eher an der Schmöllner Superintendentur hätten orientieren können, wollen künftighin zu Altenburg gehören. Gewissermaßen im Gegenzug wechselt die Pfarrstelle Gieba nach Schmölln und wird als „Gößnitz-Land“ ihren Sitz in Gieba behalten.

Die neun zur Superintendentur Meuselwitz gehörigen Pfarrstellen werden laut Modersohn perspektivisch auf acht schrumpfen. „Streitfall ist derzeit noch Kriebitzsch, da es sowohl in Kriebitzsch als auch in Wintersdorf einen Pfarrer gibt. Grundsätzlich wollen wir niemanden entlassen und auch nur aus gravierenden Gründen umsetzen“, läßt Modersohn eine Entscheidung dazu vorerst noch offen.

Simone Prenzel



Superintendent Hans Werner Modersohn. OVZ-Foto: E. Hischke

Die Kirchgemeinde Ziegelheim war unterdessen von der weltlichen Politik überrollt worden. Die politischen Entscheidungsträger hatten ein Zusammengehen mit Ehrenhain und ein Hinwenden in Richtung Nobitz zugunsten der eigenen Souveränität innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal aufgegeben. Damit waren auch weitere Gespräche der Kirchgemeinde mit Ehrenhain nicht mehr zielführend.

Informationen aus der Sitzung der Gemeindevertretung Ziegelheim vom 31.05.1994:

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Gemäß § 31 der Vorläufigen Kommunalordnung Thüringen vom 24.07.1992 vereinbart die Gemeinde Ziegelheim mit der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft Wieratal die Aufnahme in die bestehende Verwaltungsgemeinschaft Wieratal unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Punkte des durch die Gemeindevertretung Ziegelheim in der Sitzung vom 29.03.1994 formulierten Vorstellungskataloges:

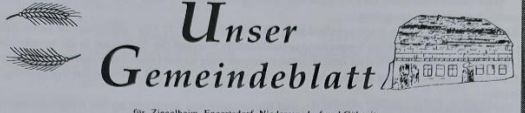
1. Verwaltungsaußenstelle in Ziegelheim und Einrichtung von Sprechzeiten des Bürgermeisters;
2. Erhalt der Grundschule und des Kindergartens;
3. Verbleib der Planungshoheit hinsichtlich Bauleitplanung;
4. Übernahme des Paß- und Meldewesens;
5. Übernahme des gesamten Verwaltungspersonales;
6. Weiterführung des Brandschutzverbandes Wieratal;
7. Einrichtung Umstrukturierung eines gemeinsamen Bauhofes;
8. Garantie der Sportstätten;

Außerdem wurde nach eingehender Diskussion und Beratung der Beschluß gefaßt über die außerplanmäßigen Mindereinnahmen und Mehrausgaben des Haushaltjahres 1993.

Der Bürgermeister informiert über die weitere Vorgehensweise zum Bauvorhaben Pfarre Ziegelheim. Der Termin für die Ausschreibung der Gewerke Innen- und Außenputz, Trockenbau, Zimmererarbeiten und Dachdecker war am 28.04.1994. Daraus resultierend hat das Architekturbüro Kuhn Vergabevorschläge erarbeitet.

Der unten dokumentierte neue Ziegelheimer Gemeinderat war zugleich der erste, der mit der Akzeptanz der Zugehörigkeit zu Thüringen wirkte und als wichtigstes Projekt den noch vom alten Gemeinderat auf den Weg gebrachten Beitritt zur Verwaltungsgemeinschaft Wieratal umsetzte. Durch diese „Verwaltungsverschmelzung“ und der damit verbundenen Abschaffung der eigenen Verwaltungsorgane, war das Thema „Sachsen“ endgültig vom Tisch.

3. Jahrgang 28.06.1994 Nummer 6

Herausgeber: Die Gemeinde Ziegelheim

 für Ziegelheim, Engersdorf, Niederarnsdorf und Gabsitz

Der Gemeindevorstand Frau Helga Peter gibt hiermit die Feststellung des Ergebnisses der Gemeinderatswahl und der Bürgermeisterwahl bekannt:

Gemeinderatswahl:
 Wahlbeteiligung: 77,69 %
 Zahl der gültigen Stimmabgaben: 566
 Zahl der gültig abgegebenen Stimmen: 1.643

Kennwort des Wahlvorschlages	entfallene Sitze	gewählt	Name, Vorname der Reihenfolge der entfallenen Stimmen	Stimmen
1. CDU - Christlich Demokratische Union,	5	X	Werrmann, Dietmar	243
		X	Wildenhain, Dieter	207
		X	Tetzner, Thomas	120
		X	Glötz, Günter	95
		X	Rohr, Mario	59
Stimmenzahl gesamt:				724
2. Freie Wählergemeinschaft Ziegelheim	7	X	Rieger, Klaus	207
		X	Hora, Heinz	205
		X	Graichen, Bodo	116
		X	Winter, Jörg	106
		X	Schmiedel, Frank	91
		X	Bakowski, Bodo	53
		X	Bartlick, Hartmut	48
		X	Kahnt, Ottomar	39
		X	Rüger, Heiko	36
		X	Kreuz, Werner	18
Stimmenzahl gesamt:				919

Bürgermeisterwahl:
 Wahlbeteiligung: 77,69 %
 Zahl der gültigen Stimmabgaben: 559

Kennwort des Wahlvorschlages	Name, Vorname des Bewerbers	Stimmen
Kasper	Kasper, Hans Jürgen	524

Jeder Wahlberechtigte, und bei der Wahl des Bürgermeisters auch jeder in einem zugelassenen Wahlvorschlag aufgestellte Bewerber, kann binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung der Feststellung des Wahlergebnisses die Feststellung des Wahlergebnisses wegen Verletzung der Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes oder der Thüringer Kommunalwahlordnung durch schriftliche Erklärung bei der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes Altenburg, Lindenaustraße 9 anfechten.

Die Gemeindeverwaltung Ziegelheim informiert:

Am Donnerstag, dem 14.07.1994, fand die 1., zugleich konstituierende, öffentliche Sitzung des neu gewählten Gemeinderates statt.

Nach der Vereidigung des alten und neuen Bürgermeisters Herrn Hans-Jürgen Kasper durch das älteste Gemeinderatsmitglied, den Abgeordneten Dieter Wildenhain, wurde der neue Gemeinderat durch den Bürgermeister verpflichtet, die ihm übertragenden Aufgaben verfassungsgetreu und pflichtgemäß zu erfüllen.

Der neue Gemeinderat beschloß die neue Hauptsatzung der Gemeinde Ziegelheim. Diese muß nach ihrer Ausfertigung der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes Altenburg angezeigt werden. Anschließend erfolgt die öffentliche Bekanntmachung.

Danach wurde als Beigeordneter bzw. Stellvertreter des Bürgermeisters der Abgeordnete Klaus Rieger gewählt. Desweiteren wurden die zwei Gemeinderäte Dietmar Werrmann und Mario Rohr benannt, die im Gemeinschaftsrat der VG Wieratal zukünftig die Interessen der Gemeinde Ziegelheim vertreten sollen, wenn die Gemeinde Ziegelheim der VG Wieratal beigetreten sein wird.

Außerdem wurde der Beschluß gefaßt über die Vergabe einer Hausnummer für das ehemalige Wochenendgrundstück der Familie Wegener in Engertsdorf, welches nach Beendigung der genehmigten Baumaßnahmen als Hauptwohnsitz genutzt werden soll. Danach erhält dieses Grundstück die Bezeichnung: "Am Berg 7".

Informationen aus der Gemeinde Ziegelheim

Wichtige Informationen der Gemeinde Ziegelheim

Mit der Veröffentlichung der Thüringer Verordnung über die Erweiterung der VG "Wieratal" vom 23. September 1994, im Thüringer Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 32 vom 11. Oktober 1994 ist der Beitritt der Gemeinde Ziegelheim zur VG "Wieratal" rechtskräftig geworden.

Dieser Beitritt bringt eine Reihe von Änderungen im verwaltungstechnischen und -organisatorischen Bereich der Verwaltung mit sich, über die wir unsere Bürger an dieser Stelle in diesem und gegebenenfalls in den folgenden Ausgaben informieren werden: Zunächst sei dringend auf folgenden Umstand hingewiesen!

Einzahlung von Steuern, Gebühren, Rechnungen an die Gemeinde Ziegelheim:

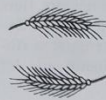
Aufgrund der Übernahme der gesamten Verwaltung der Gemeinde Ziegelheim in das EDV-System der VG "Wieratal" ist Bareinzahlung ab sofort nicht mehr möglich. Die Zahlung sämtlicher Beträge an die Gemeinde Ziegelheim muß daher durch Überweisung erfolgen, für wiederkehrende Beträge ist es daher sinnvoll, der Ge-

meinde Ziegelheim Einzugsermächtigung zu erteilen. Allen betroffenen Bürgern bzw. Haushalten der Gemeinde Ziegelheim geht in den kommenden Tagen und Wochen ein entsprechendes Informationsschreiben zu, dem ein Formular der Einzugsermächtigung beiliegt. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte diesem Schreiben.

In der Zeit vom 24. Oktober bis 30. Oktober 1994 fand die im letzten Gemeindeblatt angekündigte Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. statt. Die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren von Engertsdorf und Ziegelheim hatten sich bereit erklärt, die Sammlung in den Ortsteilen durchzuführen. 134,00 DM konnten im Ergebnis durch die Gemeinde Ziegelheim an den Volksbund überwiesen werden.

Die Gemeinde Ziegelheim möchte sich in diesem Zusammenhang bei den Kameraden der FFW'n recht herzlich bedanken, besonderer Dank der Engertsdorfer FFW, die besonders aktiv war.

Herausgeber: Die Gemeinde Ziegelheim



Unser Gemeindeblatt



für Ziegelheim, Engertsdorf, Niederarnsdorf und Gahnsitz

Information zum Beitritt der Gemeinde Ziegelheim zur Verwaltungsgemeinschaft Wieratal mit Sitz in Langenleuba-Niederhain

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Einwohner der Gemeinde Ziegelheim,

auf Grundlage des Beschlusses der Gemeindevertretung Ziegelheim vom 31.05.1994 über den Beitritt der Gemeinde Ziegelheim zur Verwaltungsgemeinschaft Wieratal ist der Antrag zur Genehmigung an das Innenministerium Thüringen nach vorhergehender Stellungnahme durch das Landratsamt Altenburg gestellt worden.

Das Thüringer Innenministerium ist aufgrund des § 31 (2) der Vorläufigen Kommunalordnung für das Land Thüringen für die Genehmigung des Beitritts in Form einer Rechtsverordnung zuständig. Im Thüringer Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 32 vom 11. Oktober 1994 ist die Rechtsverordnung zum Beitritt der Gemeinde Ziegelheim zur Verwaltungsgemeinschaft Wieratal bekanntgemacht. Das heißt, daß diese am darauffolgenden Tag, also am 12. Oktober 1994, rechtswirksam geworden ist.

Für die Gemeinde Ziegelheim und ihre Einwohner und Bürger wird es in Zukunft folgende verwaltungsstrukturelle Veränderungen geben:

1. Mit Wirkung vom 01. November 1994 wird das für die Gemeinde Ziegelheim zuständige Einwohnermeldeamt in der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal in Langenleuba-Niederhain, Hauptstraße 11 sein.
(Nachfolgend sind die Öffnungszeiten der Verwaltungsgemeinschaft sowie des Einwohnermeldeamtes als auch die Dienstleistungen des Einwohnermeldeamtes zur Information abgedruckt).
2. Die Sprechstunden des ehrenamtlichen Bürgermeisters ändern sich ab 01. November wie folgt:
Dienstag: 13.00 - 18.00 Uhr
Donnerstag: 15.00 - 18.00 Uhr
In dieser Zeit ist ebenfalls die allgemeine Verwaltung geöffnet.
3. Unser monatliches Gemeindeblatt wird ab der Ausgabe November 1994 gemeinsam mit dem Wierataler Gemeindeblatt erscheinen. Die Informationen werden dann in einen allgemeinen Teil und in einen für jede Mitgliedsgemeinde speziellen Gemeindeteil unterschieden. Ich bitte, dies zu beachten.
4. Das Verwaltungspersonal der Gemeinde Ziegelheim wird gemäß Gesetz mit Inkrafttreten der Rechtsverordnung, also mit Wirkung vom 12.10.1994, von der Verwaltungsgemeinschaft übernommen.

Bitte blättern Sie um!

5. Die Gemeinde Ziegelheim hat in der Gemeinderatssitzung am 14. Juli 1994 über die Entsendung von Abgeordneten des Gemeinderates in den Gemeinschaftsausschuß der VG Wieratal diskutiert und abgestimmt. Im Ergebnis der Abstimmung werden die Gemeinderäte Herr Werrmann, Dietmar und Herr Rohr, Mario und Kraft Amtes der Bürgermeister in den Gemeinschaftsausschuß der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal entsandt. Die benannten Abgeordneten vertreten in Zukunft die Interessen der Gemeinde Ziegelheim in der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal.
6. Im übrigen steht das Gemeindeamt Ziegelheim nach wie vor für unsere Bürger in allen Fragen und Problemen während der genannten Öffnungszeiten zur Verfügung.

Verwaltungsgemeinschaft Wieratal

Montag - Donnerstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-16.00 Uhr
Dienstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-18.00 Uhr
Freitag	9.00-14.00 Uhr		

Einwohnermeldeamt

Montag	9.00-12.00 Uhr		
Dienstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-18.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen		
Donnerstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-16.00 Uhr
Freitag	9.00-12.00 Uhr		

Kasse

Montag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-14.00 Uhr
Dienstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-18.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen		
Donnerstag	9.00-12.00 Uhr	und	13.00-14.00 Uhr
Freitag	9.00-12.00 Uhr		

AOK

Dienstag	13.00-17.00 Uhr
Donnerstag	10.00-16.00 Uhr

Informationen der ab 1.11.1994 für die Gemeinde Ziegelheim zuständigen
Meldebehörde der VG Wieratal, in Langenleuba-Niederhain - Hauptstraße 11:

Informationen aus der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal

Die 2. Sitzung der Gemeinschaftsversammlung fand am 10.11.1994 im Verwaltungsgebäude statt. Auf der Tagesordnung standen die Wahl eines zweiten ehrenamtlichen stellvertretenden Gemeinschaftsvorsitzenden und die Diskussion und Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes 1994.

Der Gemeinschaftsvorsitzende Herr Werner begrüßte besonders die neu dazugekommenen Vertreter der Gemeinde Ziegelheim. Die Gemeinde Ziegelheim ist seit dem 12.10.1994 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal.

In geheimer Wahl wurde, auf Vorschlag, Herr Mario Rohr aus der Gemeinde Ziegelheim ein-

stimmig zum zweiten stellvertretenden Gemeinschaftsvorsitzenden gewählt.

Der Nachtragshaushalt 1994 wurde nach eingehender Diskussion beschlossen. Vorrangige Aufgabe der Verwaltungsgemeinschaft für das Jahr 1995 soll die Vorbereitung für die Bildung des Bauhofes für alle Gemeinden darstellen. Die Schaffung des Bauhofes kann nur über eine Zweckvereinbarung, mit den entsprechenden Beschlüssen der Gemeinderäte aller Mitgliedsgemeinden, erfolgen.

Die nächste Sitzung der Gemeinschaftsversammlung findet am Donnerstag, den 15.12.1994 statt.

Das Wierataler Gemeindeblatt

Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Wieratal für die Gemeinden Frohnsdorf, Jückelberg, Göpfersdorf, Ziegelheim und Langenleuba-Niederhain

3. Jahrgang 29.11.1994 Ausgabe 11



Letztmalig wurde das Thema im Jahre 2011 für politische Spielchen benutzt:



Felix Fritsch
Voller Terminplaner für
Schlossgärten Seite 18

LOKALES

ÖSTERLENDER VOLKSZEITUNG



Schmeckel für Vogel
Wirtschaftsleben bunt
bunte Neidvision Seite 16

KOMMENTAR
Von Peter Haid

Es sollte vor allem zu denken geben

Der neue Thüringer Minister hat die Bürger der Thüringer Landkreise in der ersten Sitzung der Landesversammlung begrüßt. In dieser ersten Sitzung hat er sich mit den Bürgerinnen und Bürgern der Thüringer Landkreise auseinandergesetzt. Er hat sich mit den Bürgerinnen und Bürgern der Thüringer Landkreise auseinandergesetzt. Er hat sich mit den Bürgerinnen und Bürgern der Thüringer Landkreise auseinandergesetzt.

Lautes Echo auf leisen Ruf nach Sachsen

Politiker kritisieren Vorschlag des Landrates

Landesrat Michael Brenner hat am Donnerstag, 27. Januar 2011, in der ersten Sitzung der Landesversammlung der Thüringer Landkreise seinen Vorschlag für die Neugliederung der Thüringer Landkreise vorgestellt. Der Vorschlag sieht vor, die Thüringer Landkreise in drei große Regionen zu gliedern. Der Vorschlag ist in der ersten Sitzung der Landesversammlung der Thüringer Landkreise vorgestellt worden. Der Vorschlag ist in der ersten Sitzung der Landesversammlung der Thüringer Landkreise vorgestellt worden.



Ziemlich unrealistisch

Staatsrechtler Michael Brenner erklärt, wie Bundesländer Grenzen ändern können

Staatsrechtler Michael Brenner erklärt, wie Bundesländer Grenzen ändern können. Er erklärt, dass die Bundesländer Grenzen ändern können, wenn sie das wollen. Er erklärt, dass die Bundesländer Grenzen ändern können, wenn sie das wollen. Er erklärt, dass die Bundesländer Grenzen ändern können, wenn sie das wollen.

ABSCHLICK
Hunde gegen die
Neu-Verordnung
76010

Hunde gegen die Neu-Verordnung. Hunde gegen die Neu-Verordnung. Hunde gegen die Neu-Verordnung. Hunde gegen die Neu-Verordnung. Hunde gegen die Neu-Verordnung.

„Spannende Diskussion, mehr nicht“

Landrat Siegfried Rüdiger erntet über Resonanz auf seine Rede

Landrat Siegfried Rüdiger erntet über Resonanz auf seine Rede. Landrat Siegfried Rüdiger erntet über Resonanz auf seine Rede. Landrat Siegfried Rüdiger erntet über Resonanz auf seine Rede. Landrat Siegfried Rüdiger erntet über Resonanz auf seine Rede.

Sachbesprechung
Altenburger, Uckerländer, ... haben in den letzten Tagen ...

Sachbesprechung. Altenburger, Uckerländer, ... haben in den letzten Tagen ... Sachbesprechung. Altenburger, Uckerländer, ... haben in den letzten Tagen ...

Bevor der Autor nun zum Schlußwort kommt, hier noch einige statistische Angaben:

1. Die ersten freien Kreistagswahlen fanden am 6. Mai 1990 statt. Es waren insgesamt 85 Mandate zu vergeben. Wahlsieger wurde die CDU mit 43,3% der Stimmen. Sie gewann 37 Mandate. Mit 21% wurde die SPD (bis August eigentlich noch SDP) Zweiter und errang 18 Mandate. Die PDS (SED-Nachfolger) errang mit 10,6% 9 Mandate. BFD (Liberale) und Bündnis 90 erhielten jeweils 6 Mandate, DSU 5 Mandate, Bauern 2 Mandate und der DBD ebenfalls 2 Mandate.
2. Der Kreistagssitzung im Juli 1990, auf der der Beschluß zugunsten Thüringens gefasst wurde, wohnten nur 65 der 85 Mandatsträger bei. Von diesen stimmten 38 für Thüringen.
3. Die Bürgerbefragung im Juni fiel im Kreisdurchschnitt mit 53,8% zugunsten Sachsens aus.
4. In der Gemeinde Ziegelheim stimmten im Juni 1990 86% der Wähler für den Anschluß des Kreises Altenburg an Sachsen.
5. Die Wähler Ziegelheims boykottierten die Thüringer Landtagswahl im Oktober 1990 mit einer geringen Beteiligung von nur 34,8%.
6. Die Abstimmung der Ziegelheimer Bürger am 29.09.1991 fiel mit 64,37% zu Gunsten Thüringens aus. Die Wahlbeteiligung war mit 83,6% sehr hoch.

Schlußwort:

Mit dem Abstand von über 30 Jahren und nach dem intensiven Studium all der erhaltenen Unterlagen lässt sich sagen – Der Altenburger wollte 1990 eigentlich einfach nur in den Strukturen des Bezirkes Leipzig eingebunden bleiben (wirtschaftlich, verwaltungstechnisch, Eisenbahn, Post..). Ihm war Erfurt ebenso fremd und weit weg wie Dresden. Der Ziegelheimer wollte eigentlich im gewohnten Kreis bleiben. Glauchau und Zwickau waren ihm nach fast 40 Jahren ebenso fremd geworden. Letztlich spielten die finanziellen, schulpolitischen und verwaltungstechnischen Netzwerke die größte Rolle. Nach damaliger Meinung der Volksmehrheit (die aus heutiger Sicht nicht ganz falsch ist..) wäre die optimale Lösung der Gang des Kreises Altenburg nach Sachsen die Optimal-Lösung gewesen. Die Befürchtung des Abgehängtseins in Thüringen hat sich leider bewahrheitet. Im Laufe der Zeit wurde der Landkreis auch vom „System Sachsen“ entkoppelt. So ist heute jede Diskussion über einen Wechsel als politischer Unsinn zu betrachten. – Ein Letztes bleibt noch zu sagen: Bereits unmittelbar nach der ersten „freien Wahl“ begingen die damaligen Mandatsträger einen Vertrauensbruch gegenüber ihrer eigenen Wählerschaft. Sie waren bereits wieder treue „Parteisoldaten“ (oder immer noch..), deren Parteivorgaben und/oder private Meinungen ihnen über die Meinung ihrer Wähler gingen. Sie kamen davon, ohne sich je rechtfertigen zu müssen. Die neue D-Mark, die anstehende Wiedervereinigung, Reisefreiheit, Job-Ängste – all das schaffte gerade neue unmittelbare Realitäten, Freuden aber auch Sorgen und Ängste. Was interessierte Kreispolitik, wo doch die große Welt offen stand. – Aber ganz so einfach war es eben doch nicht – erstaunlicherweise befassten sich damals viele Bürger mit Dorf-, Heimat- und Regionalgeschichte – mehr als heute – und verfolgten das Ganze genau. Hier begann bereits wieder das Mißtrauen gegenüber der Politik und den Politikern zu wachsen. Bis heute hat sich keiner der damaligen Kreisträte offenbart oder auch nur Beweggründe genannt, welche damals für Thüringen sprachen. Und diese gab es zweifellos. Das damalige

Durchschnittsergebnis im Kreis lautete bekanntermaßen 53,8%. Aber so wie es Gemeinden ähnlich Ziegelheim gab (86% für Sachsen), sprachen sich sicher andere Gemeinden auch deutlich für Thüringen aus. Wir werden nie erfahren, welche Abgeordneten für welches Land gestimmt haben und woher diese Abgeordneten selbst stammten – es war eine geheime Wahl..

Übrigens ist das Auswerten der oben gezeigten Dokumente der Thüringer und der Sächsischen Landesregierung ein Paradebeispiel für Beamten-Bürokratie. Während für sächsische Regierungsbeamte logisch erschien, das ein Ziegelheimer Votum für den Gang des Kreises Altenburg nach Sachsen eben auch ein Votum für Ziegelheim selbst bedeutet, da es ja Teil des Kreises ist und nur deshalb ja überhaupt befragt wurde – sahen das thüringische Regierungsbeamte völlig anders: Es war ausschließlich ein Votum für den Kreis! Basta! Für die Gemeinde muß eine separate Bürgerbefragung durchgeführt werden! Und damit lässt sich hervorragend Zeit gewinnen, Meinungen ändern sich ...

Michael Etzold

Heimatsforscher und Jahrgang 1974

www.ziegelheim.de

Quellen: Privataarchiv Etzold (Die meisten Artikel entstammen der Leipziger Volkszeitung, andere der Freien Presse und den Altenburger Nachrichten.)